

Forum gegen Fakes. Gemeinsam für eine starke Demokratie

Ergebnisbericht der ersten Online-Beteiligung

April 2024

FORUM GEGEN FAXES

Gemeinsam für eine
starke Demokratie

Initiiert und durchgeführt von:

| BertelsmannStiftung

Online-Beteiligung zur Frage:

Fakes und Manipulationen:

Was sollten wir tun, um unsere

Demokratie zu schützen?

Inhalt

1. Einführung in das Projekt
2. Die Ergebnisse
 - a. Beliebte und umstrittene Ideen der Online-Beteiligung
 - b. Themenfelder
 - c. Abgelehnte Vorschläge
3. Methodik, Ablauf und Hintergründe

FORUM GEGEN FAXES

Gemeinsam für eine
starke Demokratie

1.

Einführung

in das Projekt

Initiiert und durchgeführt von:

| BertelsmannStiftung

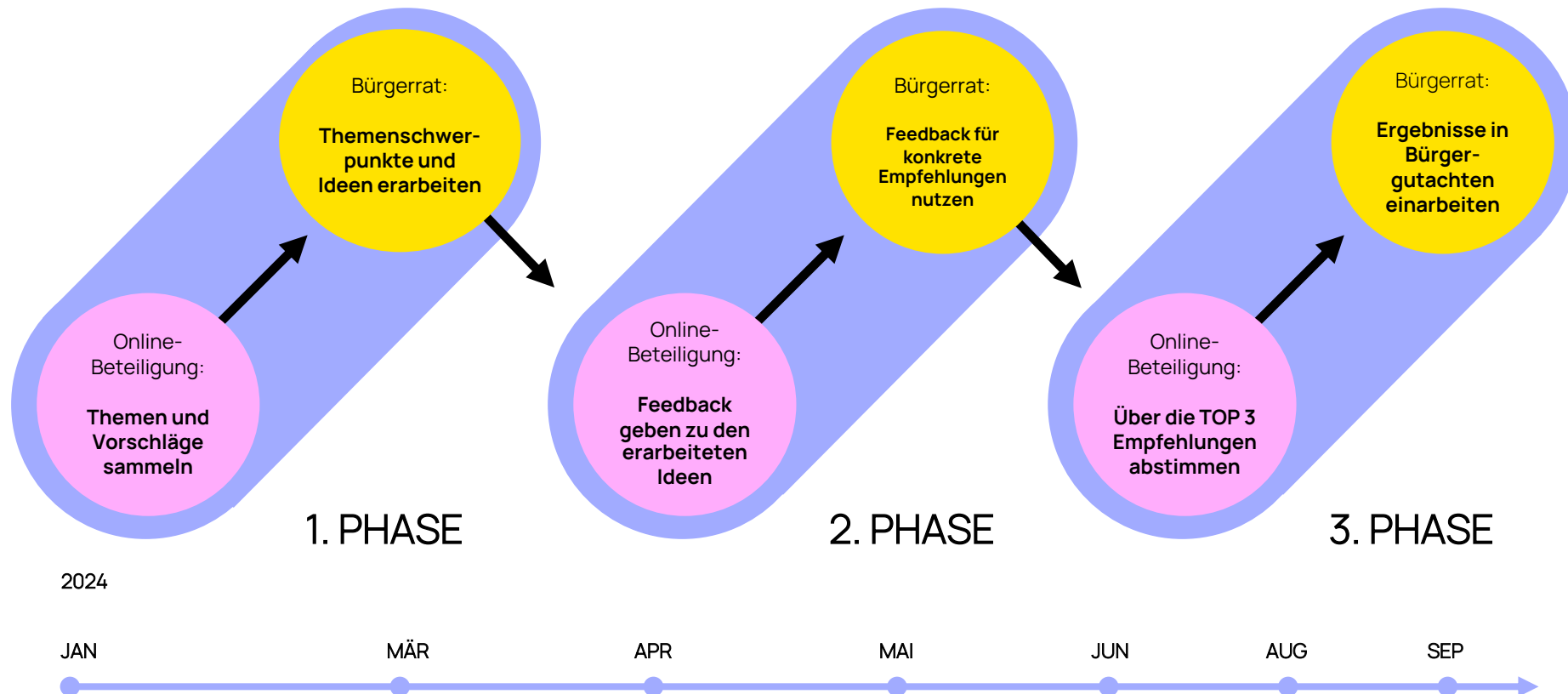


Online-Beteiligung für eine breite Debatte zum Umgang mit Desinformation

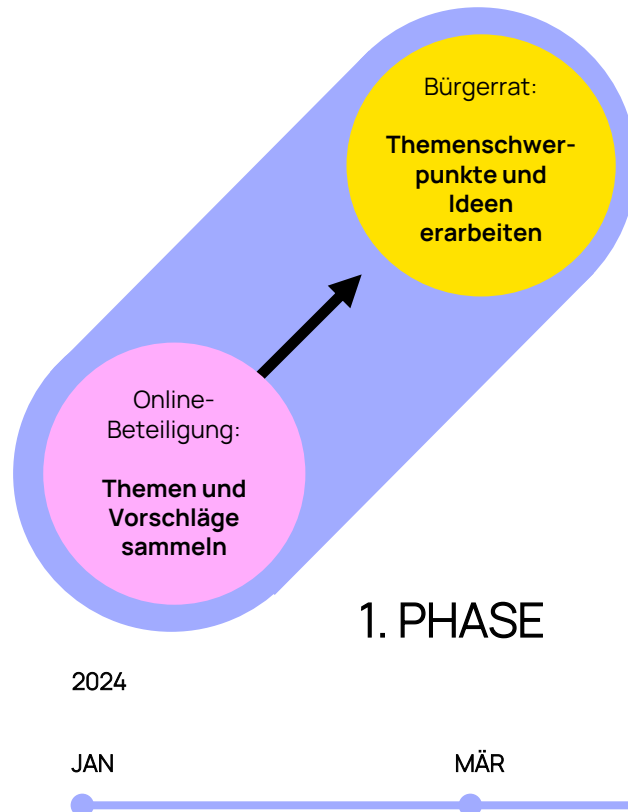
Digitale Innovationen wie High Speed Internet, Künstliche Intelligenz, Smartphones und Social-Media machen es heutzutage besonders einfach, auch falsche Informationen schnell zu verbreiten und Bilder, Videos oder Gesprochenes zu „faken“. Das kann Verunsicherung und Vertrauensverlust innerhalb unserer Gesellschaft nach sich ziehen und zu einer Gefahr für unsere Demokratie werden.

Bürgerbeteiligung im Projekt „Forum gegen Fakes. Gemeinsam für eine starke Demokratie“ will dieser Entwicklung entgegenwirken und eine breite Debatte zum Umgang mit Desinformation anstoßen. Entsprechend ist die Mitwirkung der Bevölkerung das Herzstück des Vorhabens: In einer breit angelegten Online-Beteiligung kann sich jede und jeder einbringen. In einem Bürgerrat diskutiert eine zufällig zusammengesetzte Gruppe von 120 Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Deutschland verschiedene Aspekte des Themas Desinformation und erarbeitet Handlungsempfehlungen für die Politik. Dabei werden auch die Ergebnisse der Online-Beteiligung diskutiert.

Online-Beteiligung und Bürgerrat sind über 3 Phasen miteinander kombiniert



Phase 1: Von ersten Vorschlägen zu Themenschwerpunkten und Ideen



In der ersten Online-Beteiligung können sich Bürgerinnen und Bürger aktiv mit eigenen Vorschlägen zur Frage: „Fakes und Manipulation: Was sollten wir tun, um unsere Demokratie zu schützen?“ einbringen und andere Vorschläge bewerten. Die Vorschläge, zusammengefasst in Themengruppen und Ideen, fließen als Input direkt in die Arbeit des Bürgerrates mit ein.

Auf Basis der Ergebnisse der Online-Beteiligung, eigener Erwägungen und Diskussionen mit Expertinnen und Experten und Stakeholdern, erarbeitet der Bürgerrat in Phase 1 erste Themenschwerpunkte und Ideen.

2.

Die Ergebnisse



Die 7 Top-Erkenntnisse aus der Online-Beteiligung

1.

Breite Beteiligung: Fast 200.000 Menschen aus ganz Deutschland nahmen an der Online-Beteiligung teil und gaben über 870.000 Abstimmungen ab.

2.

Fakes - eine reale Gefahr für die Demokratie: Die 1.600 zum großen Teil sehr ernsthaften und konkreten Vorschläge zeigen, dass die Bevölkerung Fakes und Manipulationen als eine reale Gefahr für die Demokratie betrachtet.

3.

Maßnahmen erforderlich: Es gibt einen breiten Konsens darüber, dass politische und rechtliche Maßnahmen gegen Desinformationen etabliert werden müssen.

4.

Unterschiedliche Meinungen: Über konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation gibt es teils sehr unterschiedliche Vorstellungen seitens der Bürgerinnen und Bürger.

5.

Drei Themen im Vordergrund: Die wichtigsten Themen sind Sensibilisierung und Bildung, soziale Netzwerke und Medienpraxis. Knapp drei Viertel aller Stimmen konzentrierten sich darauf.

6.

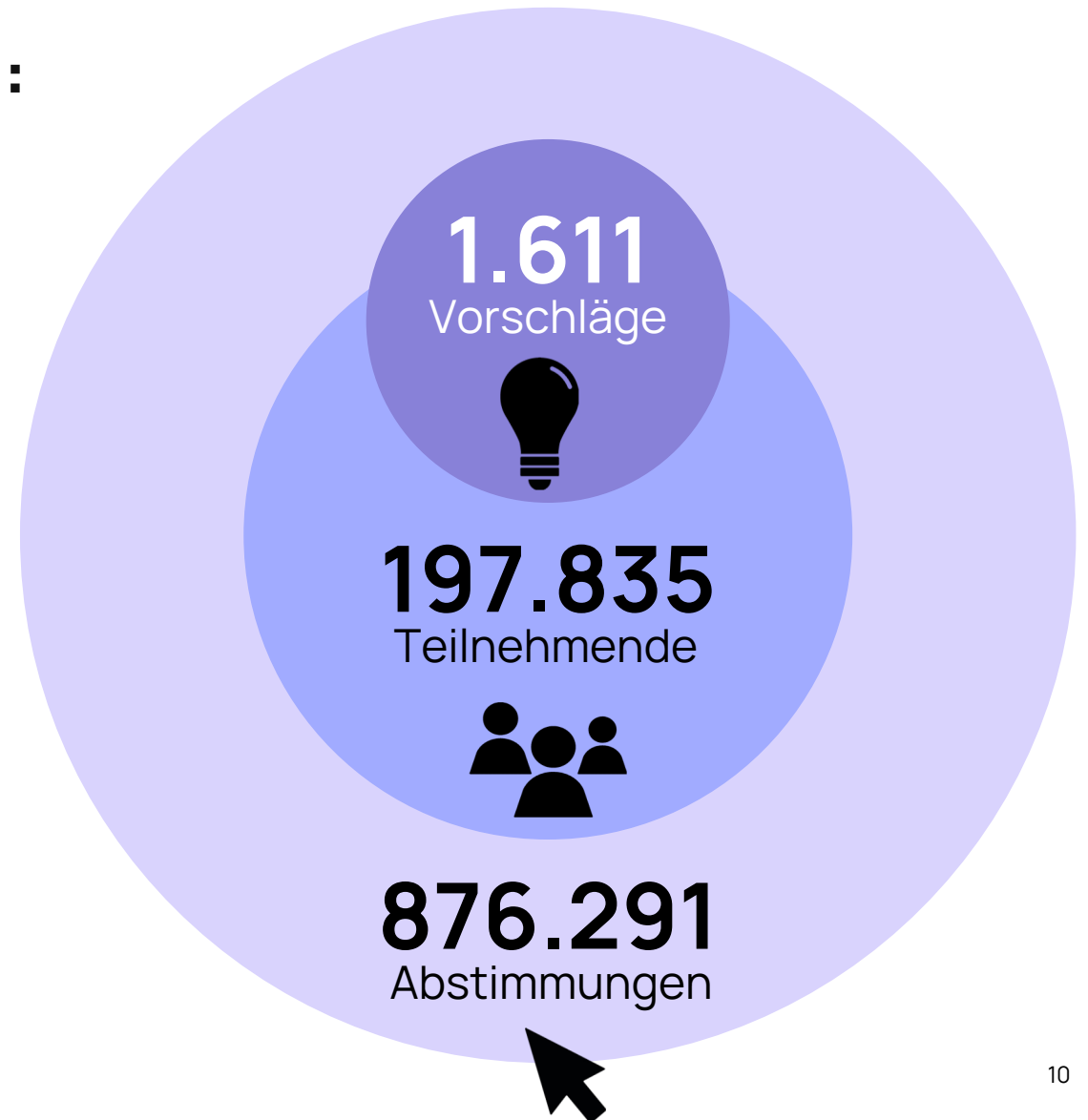
Ausländische Einflussnahme kaum thematisiert: Der Einfluss fremder Staaten zur Destabilisierung der Demokratie wird von den Bürgerinnen und Bürgern kaum erwähnt, obwohl er medial und politisch in der Öffentlichkeit stark thematisiert wird.

7.

Demokratie – ein wichtiges Thema für die Teilnehmenden: Viele Vorschläge bezogen sich auf den Zustand der Demokratie in Deutschland. Das Thema Desinformation ist für viele ein Ventil, sich grundsätzlich über die Demokratie zu äußern.

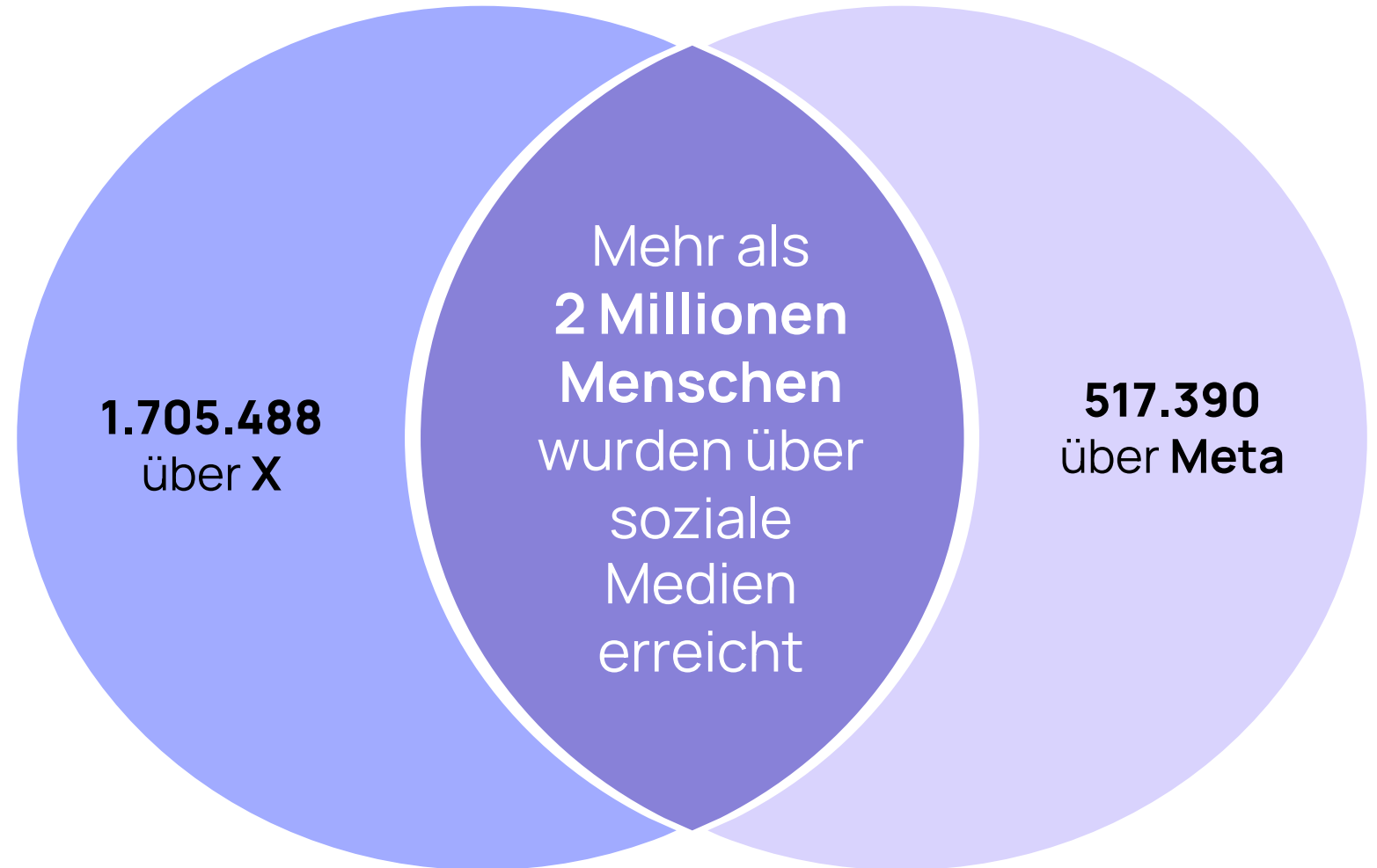
Die Online-Beteiligung in Zahlen*: Ein signifikanter Teil der Bevölkerung wurde erreicht.

Abstimmungsfrage vom 18.01.2024 bis zum 01.04.2024:
„Fakes und Manipulation von Informationen:
Was sollten wir tun, um uns und unsere
Demokratie zu schützen?“

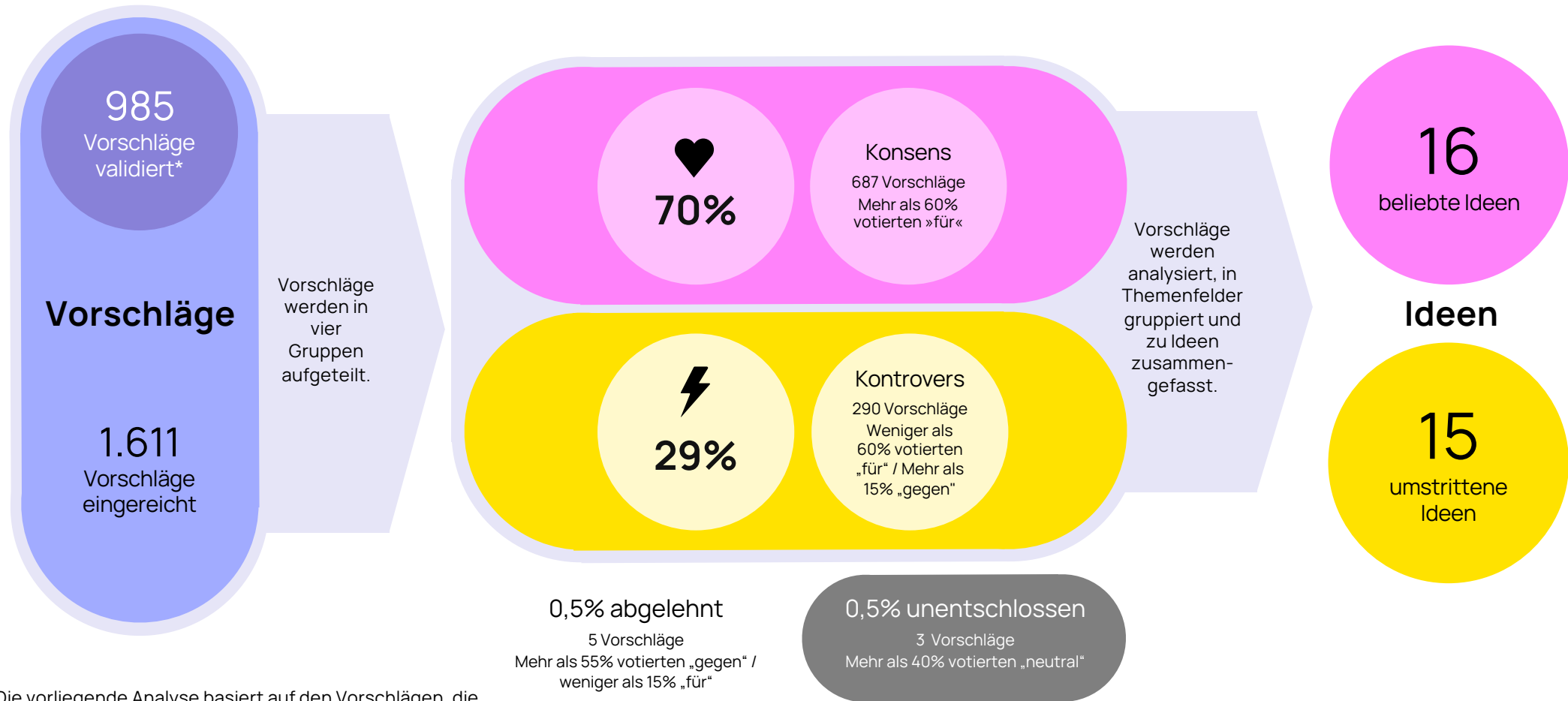


*Stand vom 12.03.2024
(Online-Beteiligung läuft noch bis 01.04.2024)

Social-Media Kampagne: große Aufmerksamkeit für die Online- Beteiligung



Einblick in die Methodik: Wie aus Vorschlägen Ideen werden



*Die vorliegende Analyse basiert auf den Vorschlägen, die zwischen dem 18.01. und 26.02.2024 eingereicht und validiert wurden.

Sechs Themenfelder: Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger gebündelt

26%

Sensibilisierung und
Bildung

24%

Soziale Netzwerke

24%

Medienpraxis

19%

Verantwortung

7%

Künstliche
Intelligenz

1%

Einfluss fremder
Staaten

Beliebte & umstrittene Ideen der Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Themenfeldern

26%

Sensibilisierung und Bildung

- ♥ Stärkung von Medienkompetenz und kritischem Denken
- ♥ Medienkompetenz als Teil des schulischen Lehrplans
- ♥ Förderung kontroverser Debatten zwischen Bürgerinnen und Bürgern
- ♥ *Auklärung über Mechanismen sozialer Medien
- ⚡ Werbekampagnen gegen Fake News
- ⚡ *Eigenverantwortung des Nachrichtenkonsums
- ⚡ Aufklärung von Kindern

Medienpraxis

24%

- ♥ Neutralität und Unabhängigkeit der Berichterstattung
- ♥ *Transparenz von medialen Strukturen
- ♥ Trennung von Nachricht und Meinung in der Berichterstattung
- ♥ *Kennzeichnung von Fake News
- ♥ Kritische Quellenarbeit
- ♥ Verdeutlichung von Zusammenhängen durch Information
- ⚡ *Eigenverantwortung des Nachrichtenkonsums
- ⚡ Reform von öffentlich finanzierten Medien
- ⚡ Umsetzung von Elementen direkter Partizipation
- ⚡ Vermeidung von Ambiguität

Beliebte & umstrittene Ideen der Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Themenfeldern

24%

Soziale Netzwerke

- ♥ *Aufklärung über die Mechanismen sozialer Netzwerke
- ♥ *Kennzeichnung von Fake News
- ♥ *Konsequente Verfolgung von Fake News
- ♥ Vermeidung von Anonymität
- ♥ *Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte
- ⚡ Verpflichtende Bestätigung von Accounts
- ⚡ *Kontrolle von Algorithmen
- ⚡ Löschen von populistischen Inhalten und Ausschluss von Profilen
- ⚡ Begrenztes Teilen von Beiträgen
- ⚡ Kontrolle der Kommentarfunktion

19%

Verantwortung

- ♥ *Transparenz von medialen Strukturen
- ♥ *Konsequente Verfolgung von Fake News
- ♥ Schutz der Meinungsfreiheit
- ⚡ Keine Einschränkung der Meinungsäußerung
- ⚡ Zentralisierte Prüfung von Fake News
- ⚡ Radikale Verschärfung der Sanktionen

Beliebte & umstrittene Ideen der Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Themenfeldern

7%

Künstliche Intelligenz (KI)



*Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte



Regulierung von Einsatzmöglichkeiten für KI



KI-Unterstützung zur Erkennung von Fake News



KI zur automatisierten Erkennung von Fake News



*Kontrolle von Algorithmen

1%

Einfluss fremder Staaten

Mit nur 1% aller eingereichten Kommentare ist das Thema "Einfluss fremder Staaten" bei den Bürgerinnen und Bürgern kaum präsent. Aus den eingereichten Kommentaren konnten daher keine Ideen generiert werden. Die Vorschläge können auf den entsprechenden Folien nachgelesen werden.

Themenfeld

Sensibilisierung und

Bildung



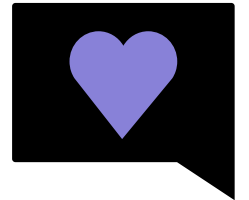
26%

1/2

Stärkung von Medienkompetenz und kritischem Denken

Diese Idee vereint 108 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 73% dafür, 11% dagegen und 16% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Stärkung von Medienkompetenz und kritischem Denken durch:

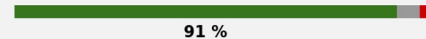
Betonung der Eigenverantwortung in Bezug darauf, wie viele und welche Medien konsumiert werden.

Einholen verschiedener Perspektiven, um sich umfassender informieren zu können.

Stärkung von politischer Bildung und Medienkompetenz, um Informationen besser einordnen zu können.

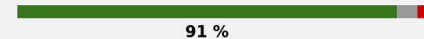
Ulrike

Man sollte lernen, selbst zu recherchieren. Dazu gehört es auch, die Originalquellen zu suchen und zu lesen.



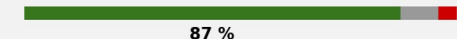
Sandra

Man sollte die Medienkompetenz, Lesekompetenz und Allgemeinbildung von jungen Menschen fördern, sodass sie sich ein Urteil bilden können



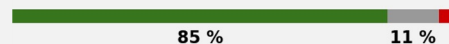
B

Man sollte auf Bildung setzen, auf Vielfalt, auf verschiedene Perspektiven. Auf Freiheit und Eigenverantwortung



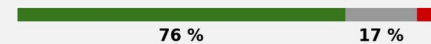
Markus

Man sollte sich über mehrere Kanäle unabhängig informieren und sich vor allem sein eigenes Bild bzw. Meinung bilden.



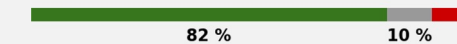
Detlef

Man sollte sich nicht nur auf ein Medium begrenzen, sondern die Meinungsvielfalt von rechts bis links nutzen.



Hartmut

Man sollte die politische Bildung auf allen Ebenen verstärken, damit der Wahrheitsgehalt von Informationen besser beurteilt werden kann.

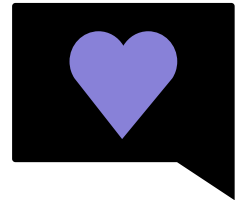


2/2

Stärkung von Medienkompetenz und kritischem Denken

Diese Idee vereint 108 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 73% dafür, 11% dagegen und 16% neutral).

Beliebt



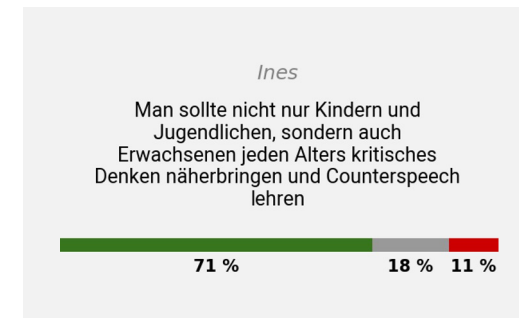
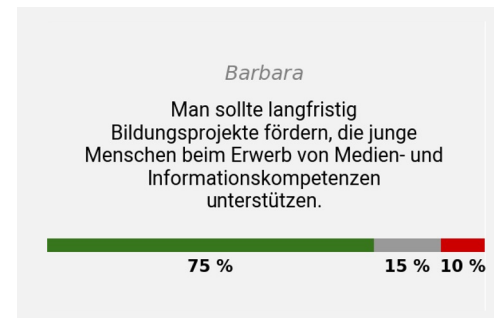
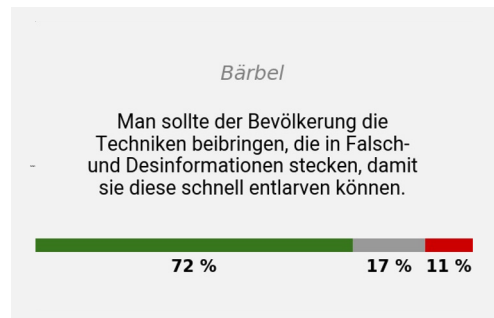
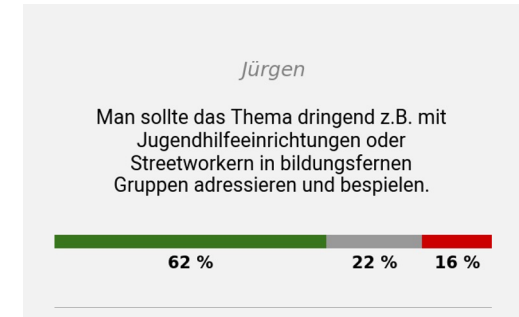
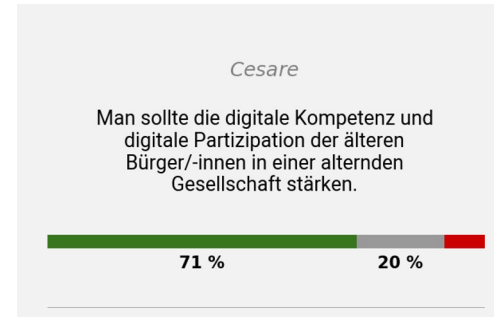
Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Stärkung von Medienkompetenz und kritischem Denken durch:

Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse älterer Menschen im Umgang mit digitalen Medien.

Flächendeckende Aufklärung über Fake News, um auch Personen zu erreichen, die noch nicht dafür sensibilisiert sind.

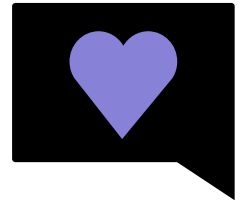
Schulung der gesamten Bevölkerung im Umgang mit Fake News, damit diese erkannt werden und kompetent darauf reagiert werden kann.



Medienkompetenz als Teil des schulischen Lehrplans

Diese Idee vereint 83 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 73% dafür, 13% dagegen und 14% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Einführung von Medienkompetenz als Teil des schulischen Lehrplans durch:

Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfachs "Medienkompetenz".*

Schulung im kritischen Umgang mit Social Media.

Aufklärung über die Wirkungen von Fake News.

**In Bezug auf das richtige Alter zeigen sich Unterschiede innerhalb der Vorschläge.*

Danica

Man sollte kritisches Denken und ständiges Hinterfragen in der Schule lehren und auch bei social Media öfter darauf hinweisen, das zu tun.

89 %

L

Man sollte am Ursprung arbeiten: Medienkompetenz an alle Schüler vermitteln, sodass sie gestärkt und reflektiert Fakes begegnen.

80 %

11 %

Monique

Man sollte das Schulfach Medienkompetenz einführen. der Umgang mit FakeNews und KI muss ab Zeitpunkt Smartphonebesitz geschult werden.

79 %

12 %

Arno

Man sollte Online-Workshops in Schulen für sicheres Internetverhalten konzipieren und veranstalten. Kritisches Denken wieder mehr fördern.

83 %

10 %

Claudia

Man sollte den kritischen Umgang mit allen Medien bereits in der Grundschule lehren sowie kostenfreie Bildungsangebote für alle anbieten.

82 %

11 %

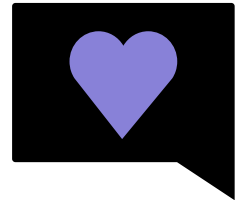
Ralph

Man sollte in der Schule damit anfangen Medienkompetenz zu unterrichten. Dort lernt man wie man Quellen und Inhalte überprüft und beurteilt.

83 %

Förderung kontroverser Debatten zwischen Bürgerinnen und Bürgern

Beliebt



Diese Idee vereint 36 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 72% dafür, 10% dagegen und 18% neutral).

Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Förderung kontroverser Debatten durch:

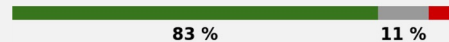
Förderung der Diskussionsfähigkeit in der Schule, um die eigenen Meinungen vertreten zu können.

Schaffen einer offenen Atmosphäre für die Diskussion, um wieder mehr in den Austausch zu kommen.

Aushalten von anderen Meinungen oder Kritik an der eigenen Meinung.

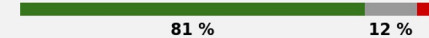
Lena

Man sollte schon in der Schule Diskurs und Debattenführung fördern und als ein fruchtbares, positives Element vermitteln



Marita

Man sollte endlich offen und ehrlich gesellschaftliche Probleme diskutieren, statt zu diffamieren wenn es unangenehm wird!



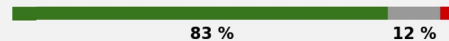
Regina

Man sollte in der Demokratie auch andere Meinungen zulassen, anstatt sie zu bekämpfen.



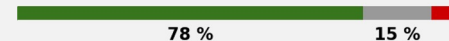
Peter

Man sollte in der Demokratie Kritik an seiner öffentlich geäußerten Meinung akzeptieren.



Heike

Man sollte immer auch Gegenpositionen anhören und prüfen, ob Positionen ideologisch oder vernunftgeleitet ausgerichtet sind.



Raphael

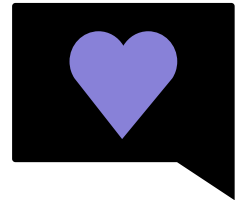
Man sollte ein Format schaffen, in dem Menschen mit konträrer Meinung diskutieren, sodass die Informationsbubble durchbrochen werden kann.



Aufklärung über die Mechanismen sozialer Medien

Diese Idee vereint 14 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 73% dafür, 12% dagegen und 15% neutral).

Beliebt



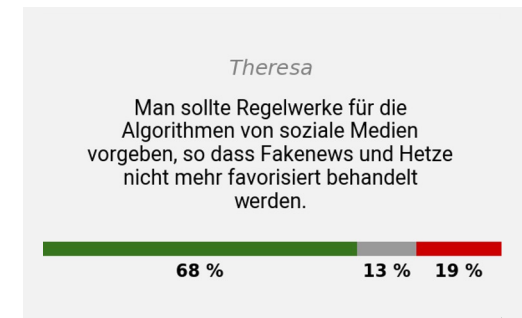
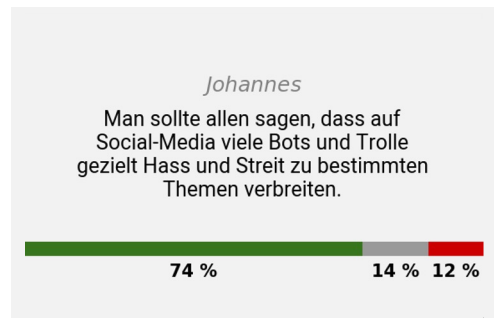
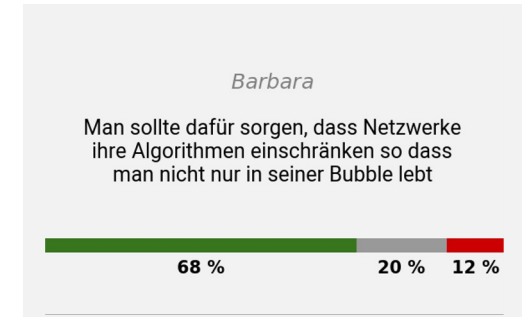
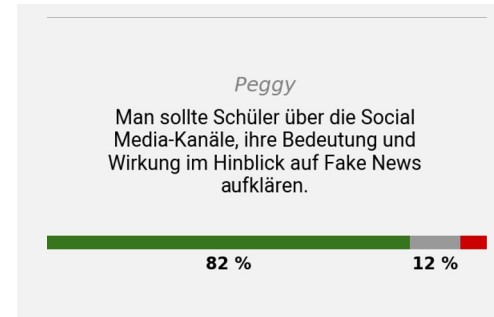
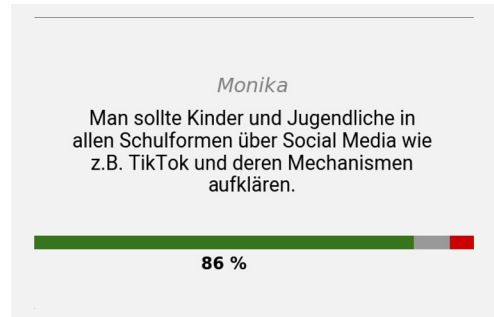
Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Aufklärung über die Mechanismen sozialer Medien durch:

Verpflichtende Offenlegung der Algorithmen, die in sozialen Netzwerken eingesetzt werden.

Regulierung der Algorithmen, die in sozialen Netzwerken eingesetzt werden.

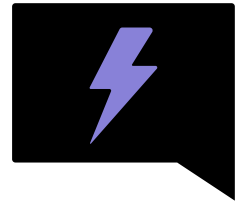
Aufklärung über Funktionslogiken und Mechanismen sozialer Medien (z. B. in Schulen).



Werbekampagnen gegen Fake News

Diese Idee vereint 12 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 46% dafür, 28% dagegen und 26% neutral).

Umstritten



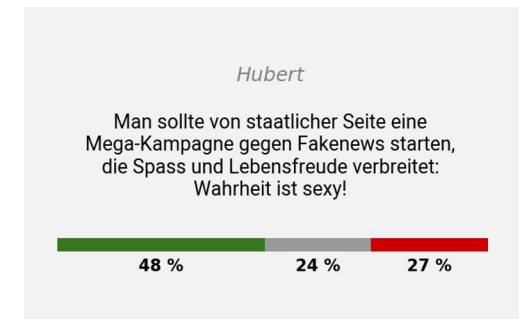
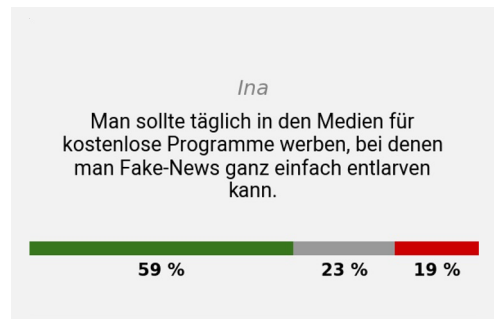
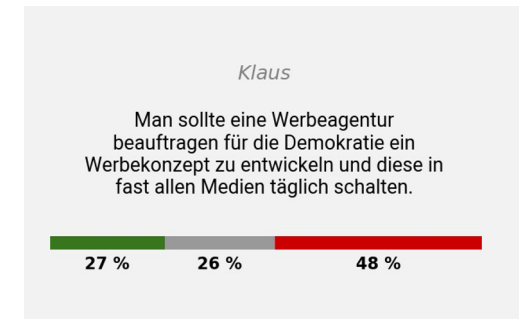
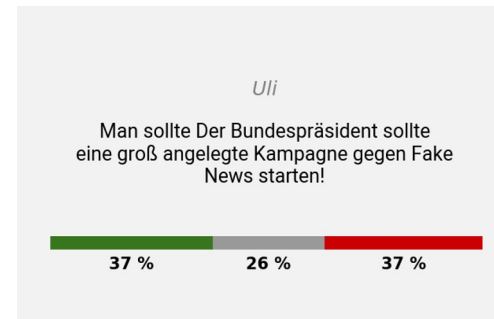
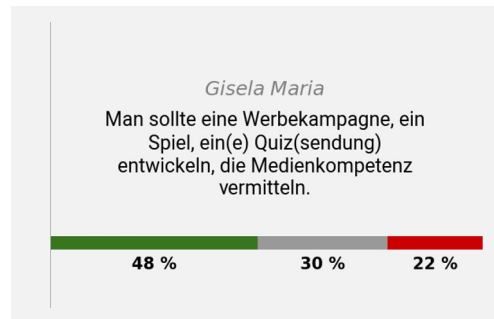
Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei Werbekampagnen gegen Fake News sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Schaltung von Kampagnen* z. B. in Social Media zur Vermittlung von Medienkompetenz und Sensibilisierung für Fake News.

Entwicklung innovativer Formate, die Fake News thematisieren und so anschaulich darüber informieren.

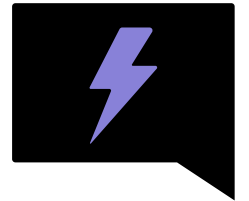
**Im Unterschied zur beliebten Idee "Stärkung von Medienkompetenz" scheinen die Vorschläge hier umstritten zu sein, weil zentrale Kampagnen abgelehnt werden.*



Eigenverantwortung des Nachrichtenkonsums

Diese Idee vereint 11 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 49% dafür, 23% dagegen und 27% neutral).

Umstritten



Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der Eigenverantwortung des Nachrichtenkonsums sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Kritischen Umgang mit Informationen aus sozialen Medien aufgrund der Manipulationsgefahr.

Eigenverantwortung in Bezug auf die Auswahl genutzter Informationsmedien (im Gegensatz zur Frage, ob dies staatliche Aufgabe sei).

Reduzierung des Nachrichtenkonsums, insbesondere über das Internet, aufgrund der Manipulationsgefahr.

Katharina

Man sollte den Menschen vertrauen, dass sie sich ein eigenes Urteil bilden können. Ansonsten kann man die Demokratie gleich abschaffen.

52 % 27 % 21 %

Frank

Man sollte sich als mündiger Bürger grundsätzlich nicht über soziale Medien Informationen besorgen. Die Manipulationsgefahr ist sehr hoch.

48 % 23 % 29 %

Karl – Heinz

Man sollte seine Informationen am wenigsten aus dem Internet beziehen.

27 % 35 % 38 %

Jürgen

Man sollte nicht alles wissen wollen, das eigene Leben verliert sich sonst. Einmal am Tag 5 Minuten, mehr nicht. Lieber den Tag genießen.

28 % 35 % 36 %

Andreas

Man sollte vor allem mal eine längere Pause einlegen, sogenanntes Social Distance oder auf deutsch, einfach mal die sozialen Medien meiden.

58 % 24 % 17 %

Christof

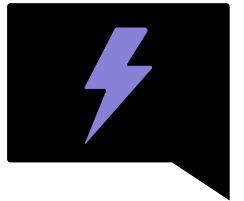
Man sollte die Arten von social media unterscheiden. a: faktenbasiert, personalisiert und b: anonymer Spielplatz für den Rest

56 % 24 % 21 %

Aufklärung von Kindern

Diese Idee vereint 9 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 53% dafür, 23% dagegen und 24% neutral).

Umstritten

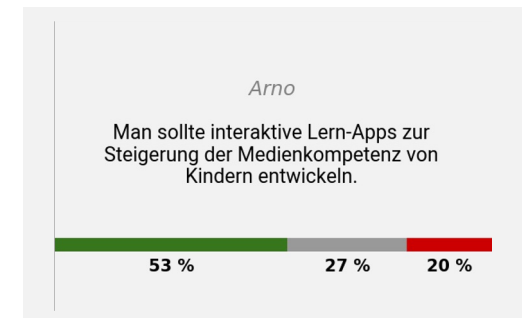
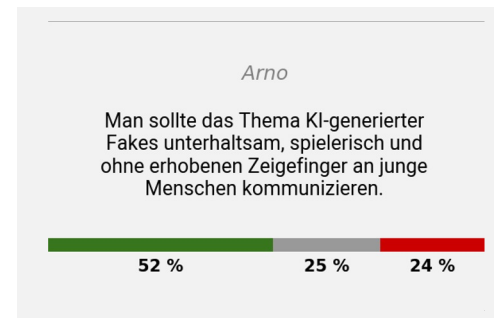
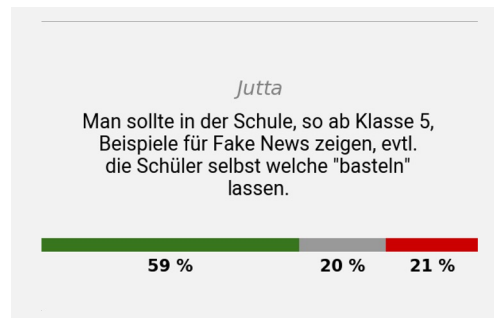
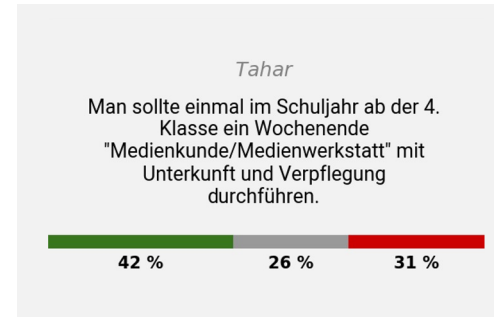
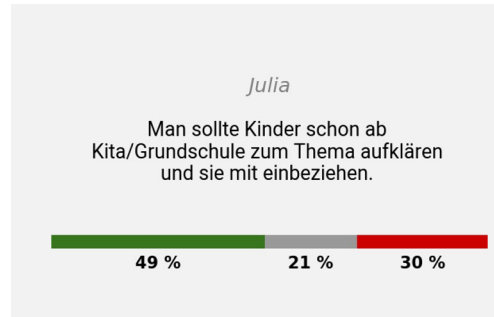


Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der Aufklärung von Kindern sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Aufbau von Medienkompetenz bereits in Kitas und Grundschulen.

Schaffen spielerischer Informationsangebote für jüngere Altersgruppen, um möglichst früh über Fake News aufzuklären.



Themenfeld

Medienpraxis



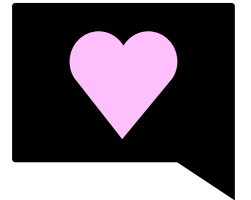
24%

1/2

Neutralität und Unabhängigkeit der Berichterstattung

Diese Idee vereint 65 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 73% dafür, 11% dagegen und 16% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten Neutralität und Unabhängigkeit der Berichterstattung durch:

Aufforderung an Journalisten zur sachlichen und ausgewogenen Berichterstattung.

Abkehr von dramatischen und extremen Darstellungen in der Berichterstattung.

Förderung von unabhängiger und faktenbasierter Berichterstattung.

Fiona

Man sollte die Monopole großer Medienkonzerne eindämmen und unabhängigen Journalismus fördern.

79 % 14 %

Anne

Man sollte seriösen, professionellen Journalismus stärken: Qualität statt Quote!

83 % 11 %

Michael

Man sollte die Journalisten auffordern die Schlagzeilen nicht reißerisch sondern faktenbasiert zu gestalten

85 %

Joachim

Man sollte verantwortlichem und unabhängigem Journalismus mehr Raum geben. Meinungsvielfalt ja, aber keinen tendenziösen Journalismus.

75 % 17 %

Klaus

Man sollte in den Leitmedien wieder mehr neutral moderierte Pro und Contra- und mehr Podiumsdiskussionen zulassen.

75 % 18 %

Martin

Man sollte der Opposition die gleiche Sendezeit einräumen wie der Regierung und Fakes nicht zulassen. Erst prüfen, dann senden.

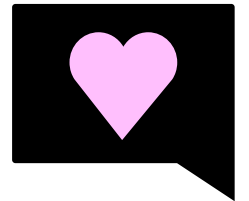
70 % 18 % 12 %

2/2

Neutralität und Unabhängigkeit der Berichterstattung

Diese Idee vereint 65 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 73% dafür, 11% dagegen und 16% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten Neutralität und Unabhängigkeit der Berichterstattung durch:

Vermeidung von Wertungen in der Berichterstattung, insbesondere in Beiträgen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR).

Forderung nach mehr Objektivität und neutraler Berichterstattung, insbesondere in Beiträgen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR).

Paul

Man sollte über die Hintergründe von Falschinformationen und einseitigen Journalismus informieren und aufzeigen wer davon wie profitiert.

87 %

Thomas

Man sollte journalistisch neutral informieren und nicht versuchen zu polarisieren im ÖRR

78 %

14 %

Jörg

Man sollte den ÖRR zur Objektivität verpflichten. So müssten alle Journalisten - auch solche, die eine Partei bevorzugen - ehrlich berichten

73 %

18 %

Willy

Man sollte Informationen korrekt und nicht ideologiebedingt weiterverbreiten und somit Manipulationen noch mehr befeuern, z.B. ÖRR.

73 %

16 %

11 %

Frank

Man sollte, den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) verpflichten, über Fakten und Tatsachen neutral zu berichten und nicht zu werten.

73 %

14 %

13 %

Fabian

Man sollte vor allem im öffentlich rechtlichen Rundfunk stärker auf Neutralität und Ausgewogenheit achten. Das führt zu mehr Anerkennung.

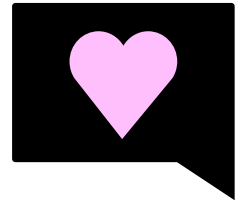
75 %

16 %

Transparenz von medialen Strukturen

Diese Idee vereint 23 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 77% dafür, 8% dagegen und 15% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten Transparenz medialer Strukturen durch:

Herstellung von Transparenz über die Strukturen öffentlicher und privater Medienunternehmen, um potenzielle Einflüsse sichtbar zu machen (z. B. politische Akteure in Rundfunkräten des ÖRR).

Maßnahmen zur Wiederherstellung von Vertrauen in Medien und Politik.

Offenlegung finanzieller Zuwendungen an Medienunternehmen, um mögliche externe Einflüsse oder Lobbying sichtbar zu machen.

Andreas

Man sollte aufzeigen, wie Politiker und Lobbyisten vernetzt sind.

88 %

Karl

Man sollte Politiker im Aufsichts-Rundfunkrat des ÖRR wegen Neutralitätsgebot verbieten und auf eine ausgewogene Berichterstattung achten.

73 %

17 %

Annika

Man sollte sich Lobbyarbeit genauer anschauen und regulieren. Wer Geld für Meinungsmache ausgibt, sollte das zumindest offen legen.

86 %

Nils

Man sollte das Vertrauen in Institutionen durch eine bessere Fehlerkultur und mehr Transparenz stärken.

75 %

16 %

Lothar

Man sollte die Medien mehr bezüglich ihrer Finanzierung kontrollieren und finanzielle Abhängigkeiten von Parteien öffentlich machen.

81 %

14 %

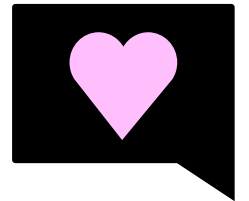
Peter

Medien sollten offenlegen müssen, wie viel Geld sie wann und wofür von einer Partei, Stiftung, einem Verein oder Verband erhalten.

90 %

Trennung von Nachricht und Meinung in der Berichterstattung

Beliebt



Diese Idee vereint 16 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 77% dafür, 9% dagegen und 14% neutral).

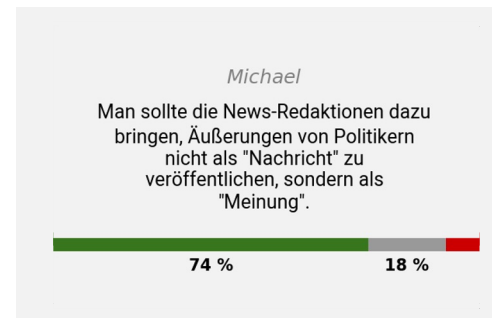
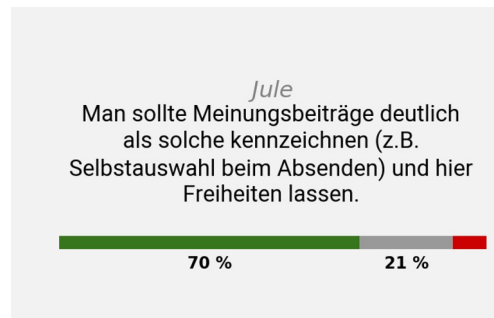
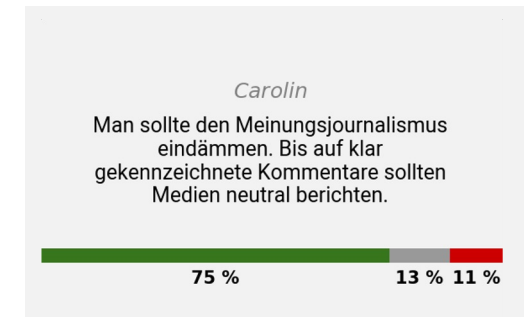
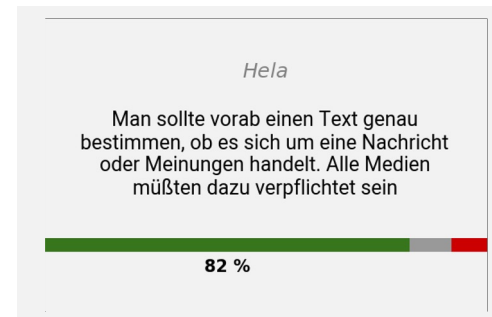
Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Trennung von Nachricht und Meinung in der Berichterstattung durch:

Trennung von objektiver Nachricht und subjektiver Meinung, um Fakten besser erkennen zu können.

(Verpflichtende) Kennzeichnung von Meinungsjournalismus.

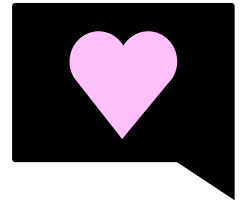
Kennzeichnung von Aussagen politischer Akteure in der Berichterstattung als Meinungsbeiträge.



Kennzeichnung von Fake News

Diese Idee vereint 27 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 71% dafür, 15% dagegen und 14% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Kennzeichnung von Fake News durch:

Kennzeichnung und Korrektur von Desinformation in journalistischen sowie in sozialen Medien.

Sammlung bekannter Fakes, um andere darüber zu informieren.

Vereinfachung der Meldemöglichkeiten von Fake News für Nutzende von Internetplattformen.

Verpflichtung von Plattformbetreibern zur Verifikation von Posts.

Gabi

Man sollte auf jeder Social Media-Seite und bei jeder Werbeeinblendung die Möglichkeit haben Falschmeldungen zu markieren.

76 % 12 % 11 %

Sandra

Man sollte bereits "enttarnte" Fakes kennzeichnen und bekanntgeben. Evtl. auf extra Plattformen als Übersicht und zur Kenntnis für alle.

79 % 11 %

Michael

Man sollte Nachrichten vor Verbreitung verifizieren. Ist das nicht möglich, ist es zu unterlassen oder mit "nicht verifiziert" zu versehen.

76 % 11 % 13 %

Luisa

Man sollte die Verbreitung von Propaganda oder FakeNews in journalistischen Medien kennzeichnen müssen.

75 % 12 % 12 %

Marius

Man sollte soziale Medien verpflichten, Fake-Inhalte mit dem korrekten Kontext zu versehen, statt diese einfach zu löschen.

69 % 15 % 16 %

Annette

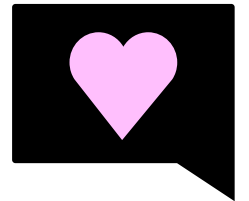
Man sollte einen Button einführen, mit dem man FakeNews kennzeichnen kann. Allerdings mit einem wirksamen Mechanismus gegen Missbrauch.

62 % 20 % 18 %

Kritische Quellenarbeit

Diese Idee vereint 38 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 75% dafür, 10% dagegen und 15% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten kritische Quellenarbeit durch:

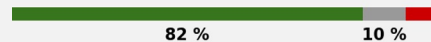
Stärkung des kritischen Umgangs von Journalistinnen und Journalisten mit Quellen, z. B. durch Schulung von Recherchekompetenz in der journalistischen Ausbildung.

Verbindliche Angabe von Quellen, um Herkunft und Aktualität von Informationen besser einordnen zu können.

Ausbau von Faktenchecks zur Überprüfung der Aussagen von Politikern, z. B. in Talkshows.

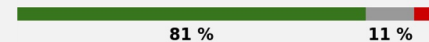
Melanie

Man sollte presserechtl. für alle Medien verbindl. festlegen: Beiträge immer mit Quellenangaben inkl. Verlinkung und Fotos mit Jahresangabe.



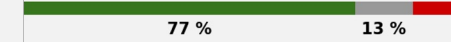
Christiane

Man sollte vor allem in Medienberufen die Recherche schulen, damit die künftigen Redakteur:innen Quellen im Internet sorgfältiger prüfen.



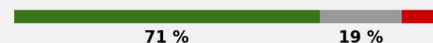
Angelika

Man sollte zu allen Talkshows mit Politikern Faktenchecks verpflichtend veröffentlichen müssen.



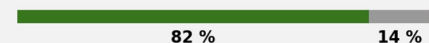
Aaron

Man sollte öffentlich und live (!) sehr viel mehr fact checken (z.B. bei talk shows) und Quellen-Dokumente/Verweise anführen.



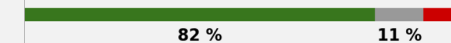
Madlen

Man sollte als Journalist wieder mehr selber recherchieren und wertfrei berichten. Copy und Paste haben in den Medien überhand genommen.



Kristina

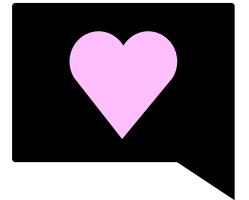
Man sollte bei der Verbreitung von News und bei Kommentaren Quellen angeben müssen.



Verdeutlichung von Zusammenhängen durch Information

Diese Idee vereint 32 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 72% dafür, 11% dagegen und 17% neutral).

Beliebt



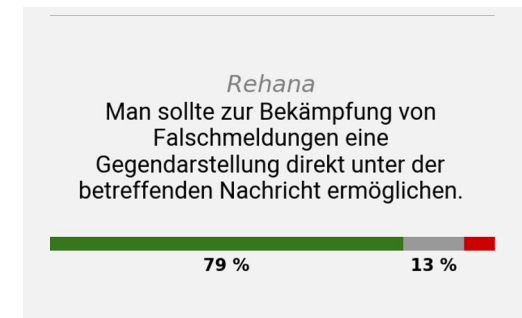
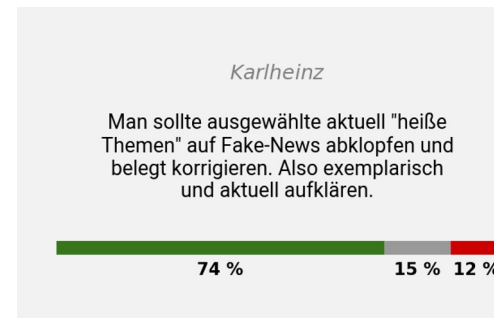
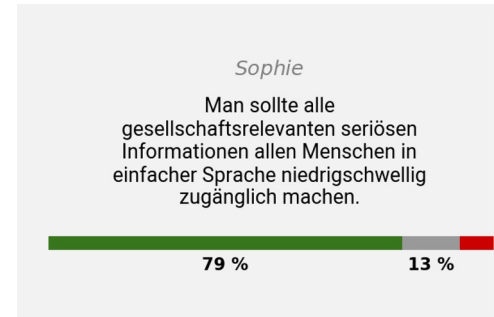
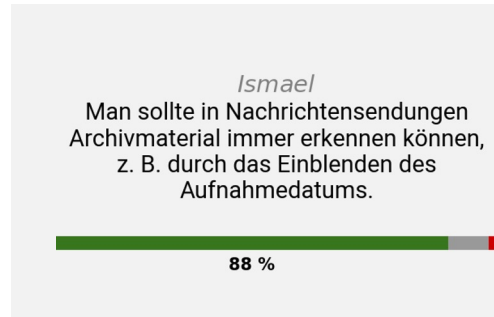
Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Verdeutlichung von Zusammenhängen durch Information durch: Einblendung des Datums der Nachricht oder der verwendeten Videos und Bilder, um die Aktualität des Materials einordnen zu können.

Hinzufügen von Hintergrundinformationen wie z.B. Parteizugehörigkeiten zu Personen, die in Medien zu Wort kommen.

Einbindung von Gegendarstellungen bei Falschmeldungen, um Fakes aufzudecken.

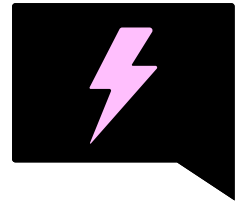
Bereitstellung allgemein verständlicher Kontextinformationen, um Informationen besser zugänglich zu machen.



Eigenverantwortung des Nachrichtenkonsums

Diese Idee vereint 11 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 49% dafür, 23% dagegen und 27% neutral).

Umstritten



Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der Eigenverantwortung des Nachrichtenkonsums sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

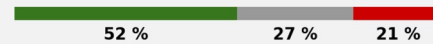
Kritischen Umgang mit Informationen aus sozialen Medien aufgrund der Manipulationsgefahr.

Eigenverantwortung in Bezug auf die Auswahl genutzter Informationsmedien (im Gegensatz zur Frage, ob dies staatliche Aufgabe sei).

Reduzierung des Nachrichtenkonsums, insbesondere über das Internet, aufgrund der Manipulationsgefahr.

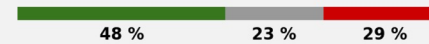
Katharina

Man sollte den Menschen vertrauen, dass sie sich ein eigenes Urteil bilden können. Ansonsten kann man die Demokratie gleich abschaffen.



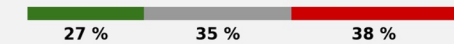
Frank

Man sollte sich als mündiger Bürger grundsätzlich nicht über soziale Medien Informationen besorgen. Die Manipulationsgefahr ist sehr hoch.



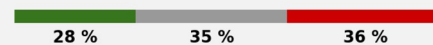
Karl – Heinz

Man sollte seine Informationen am wenigsten aus dem Internet beziehen.



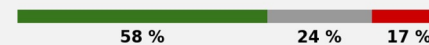
Jürgen

Man sollte nicht alles wissen wollen, das eigene Leben verliert sich sonst. Einmal am Tag 5 Minuten, mehr nicht. Lieber den Tag genießen.



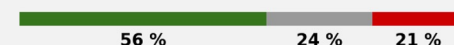
Andreas

Man sollte vor allem mal eine längere Pause einlegen, sogenanntes Social Distance oder auf deutsch, einfach mal die sozialen Medien meiden.



Christof

Man sollte die Arten von social media unterscheiden. a: faktenbasiert, personalisiert und b: anonymer Spielplatz für den Rest

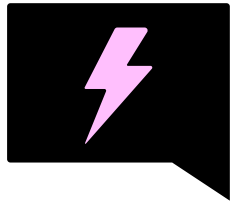


1/2

Reform von öffentlich finanzierten Medien*

Diese Idee vereint 44 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 47% dafür, 33% dagegen und 20% neutral).

Umstritten



Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

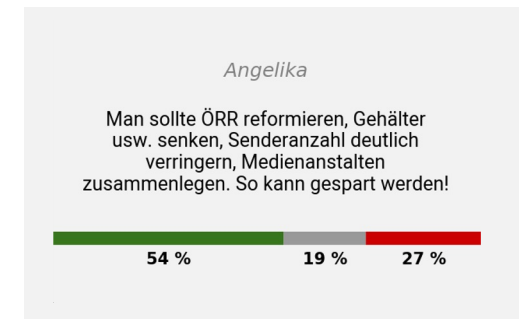
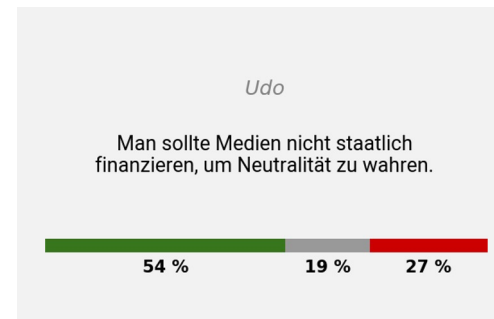
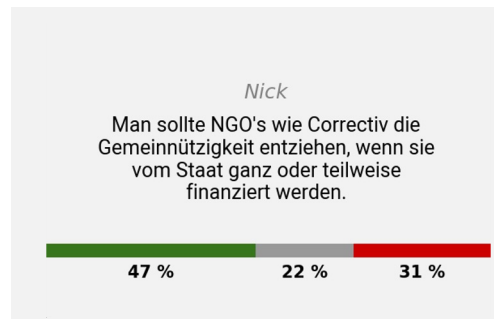
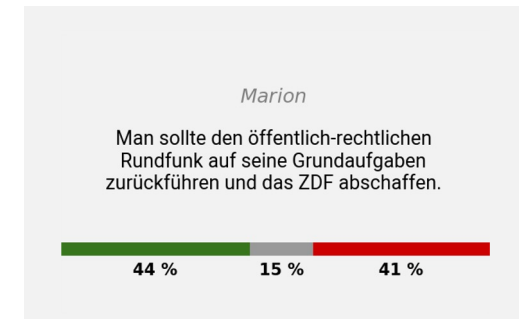
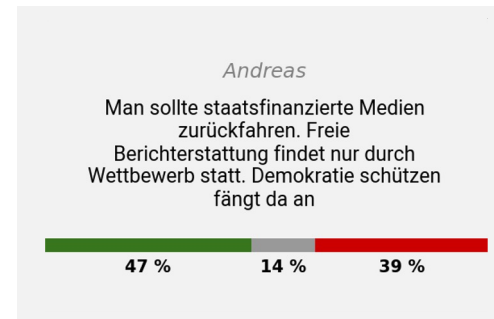
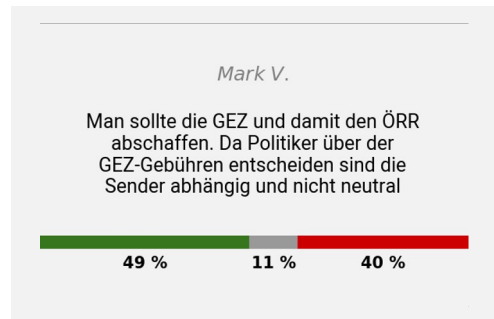
Bei der Reform öffentlich finanzierter Medien sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Rundfunkbeiträge.*

Reduzierung und Reformierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Abschaffung der staatlichen Finanzierung von Medien, um unabhängigen Journalismus zu gewährleisten.

* Der Begriff GEZ wird hier synonym für den Rundfunkbeitrag genutzt. Dies geschieht oftmals mit negativer Konnotation.



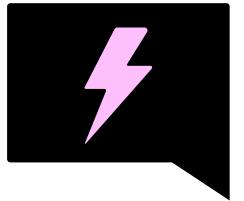
*Innerhalb dieser Idee gab es sowohl Vorschläge, die eine Reduzierung oder Abschaffung des ÖRR forderten als auch solche, die für eine Stärkung des ÖRR argumentierten. Dieses Meinungsspektrum wird auf dieser und der nächsten Folie abgebildet.

2/2

Reform von öffentlich finanzierten Medien*

Diese Idee vereint 44 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 47% dafür, 33% dagegen und 20% neutral).

Umstritten



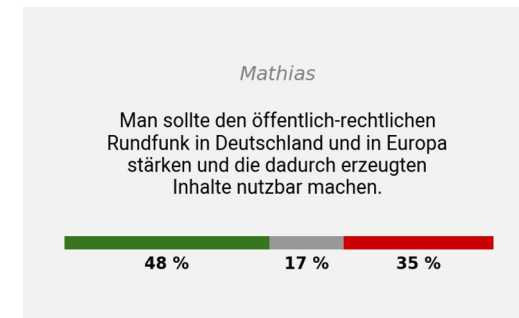
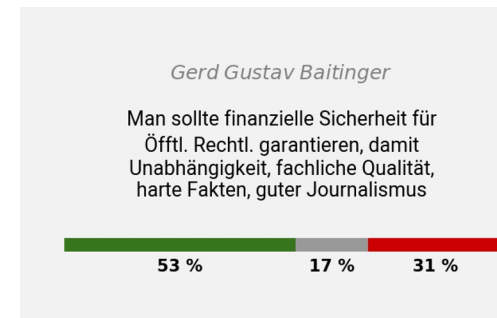
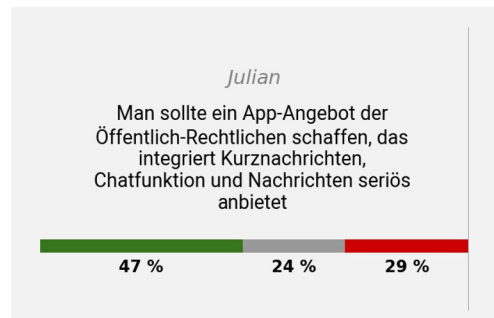
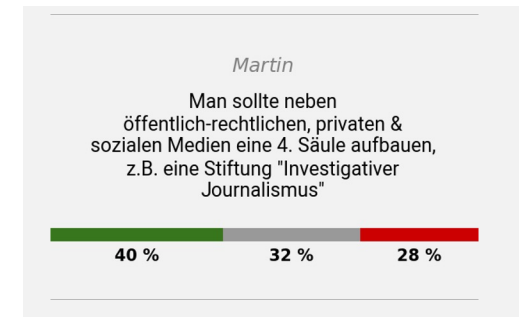
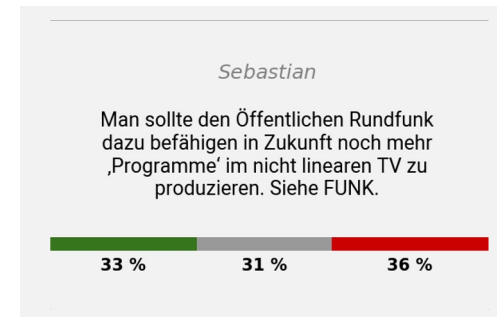
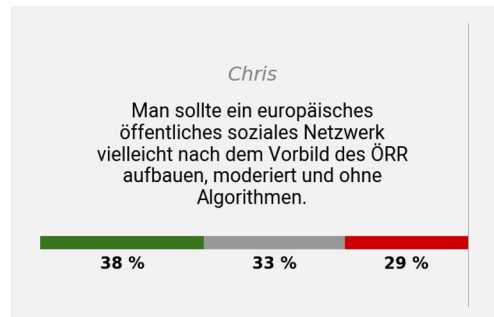
Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der Reform öffentlich finanzierter Medien sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Ausbau von öffentlich finanziertem und investigativem Journalismus, um Qualitätsjournalismus zu fördern.

Stärkung der digitalen Präsenz des ÖRR, um das Angebotsspektrum zu erweitern.

Aufbau von öffentlich-rechtlichen Formaten auf europäischer Ebene.

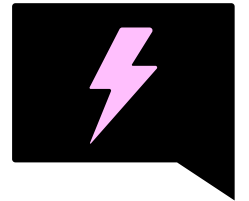


*Innerhalb dieser Idee gab es sowohl Vorschläge, die eine Reduzierung oder Abschaffung des ÖRR forderten als auch solche, die für eine Stärkung des ÖRR argumentierten. Dieses Meinungsspektrum wird auf dieser und der vorherigen Folie abgebildet.

Umsetzung von Elementen direkter Beteiligung

Diese Idee vereint 11 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 44% dafür, 32% dagegen und 24% neutral).

Umstritten



Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der Umsetzung von Elementen direkter Beteiligung sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

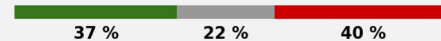
Direkte Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern an Medienformaten, z. B. über Bürgerräte.

Reform der öffentlich-rechtlichen Entscheidungsgremien, um die Repräsentation der Bevölkerung darin zu verbessern.

Ausgewogenere Darstellung von Meinungen in Medien, z. B. entlang von Meinungsumfragen oder Parteienproporz.

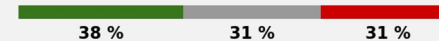
Gerd

Man sollte jedem Bürger bei Wunsch eine Plattform im öffentlich-rechtl. TV geben, keine abgelesenen vorgetragenen Meinungen der Redaktionen.



Eugen

Man sollte bei Talk Shows im TV die Teilnehmer nach Parteien- bzw. Gesellschafts-Proporz bei Meinungsumfragen einladen.



Karsten

Man sollte die Entscheidungsgremien (z.B. Rundfunkrat) der öffentlich-rechtlichen per Zufall aus der Bevölkerung wählen.



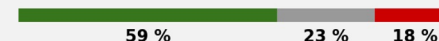
Leon

Man sollte einen Bürger:innen-Rat gründen, der über die Einschränkung von Social-Media Accounts bestimmter Personen entscheidet



Bruno

Man sollte häufig projektbez. Bürgerräte auf kommunaler Ebene organisieren. Mehr Teilhabe als Mittel gegen Desinteresse und Desinformation.



Christian

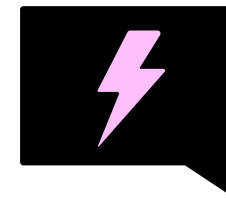
Man sollte den ÖRR verpflichten neutral zu bleiben und Gästeverteilung bei Lanz etc. nach Stimmanteil einladen!



Vermeidung von Ambiguität

Diese Idee vereint 7 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 46% dafür, 25% dagegen und 29% neutral).

Umstritten

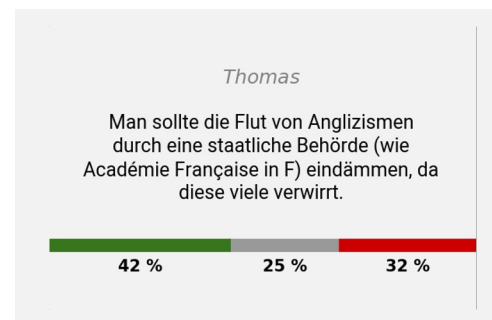
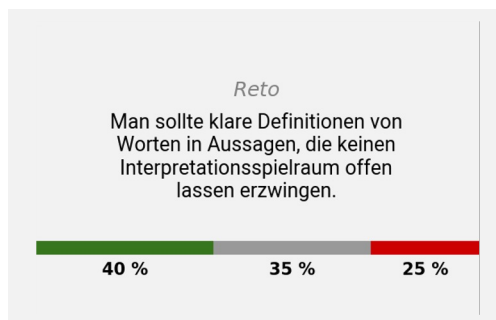
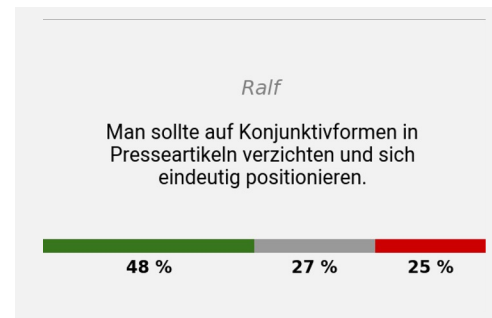
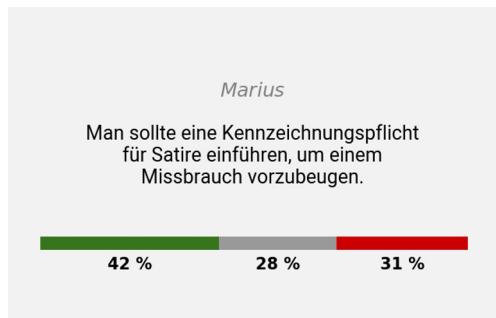


Bei der Vermeidung von Ambiguität sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Vermeidung von Missverständnissen durch eindeutige und allgemein verständliche Sprache in der Berichterstattung.

Kennzeichnung von Satire, damit diese nicht als (Des-)Information missverstanden werden kann.

Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:



Themenfeld

Soziale Netzwerke

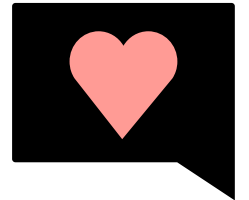


24%

Aufklärung über die Mechanismen sozialer Medien

Diese Idee vereint 14 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 73% dafür, 12% dagegen und 15% neutral).

Beliebt



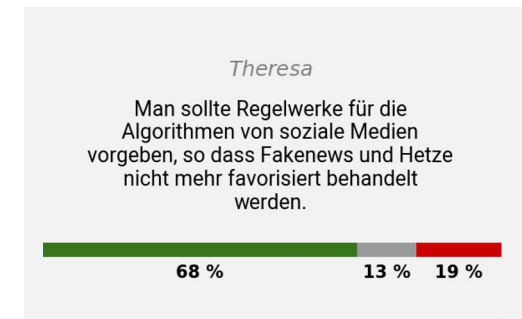
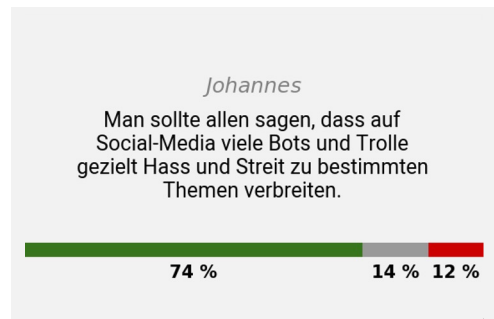
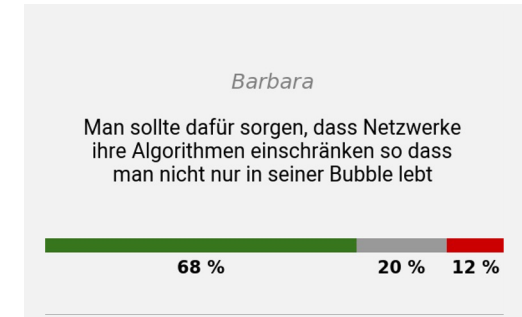
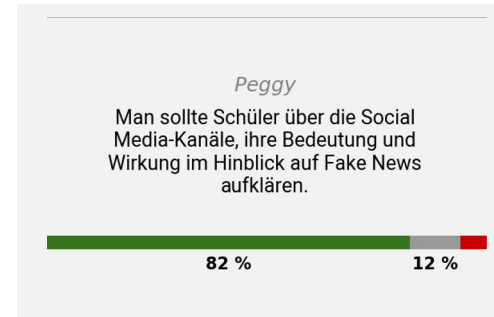
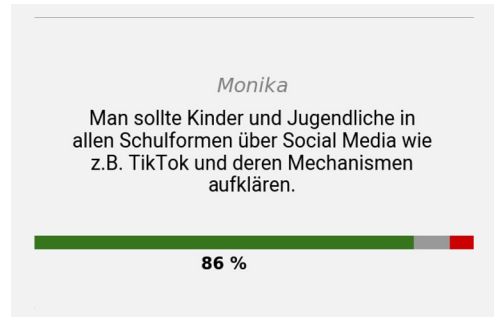
Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Aufklärung über die Mechanismen sozialer Medien durch:

Verpflichtende Offenlegung der Algorithmen, die in sozialen Netzwerken eingesetzt werden.

Regulierung der Algorithmen, die in sozialen Netzwerken eingesetzt werden.

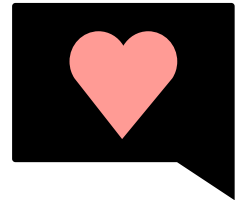
Aufklärung über Funktionslogiken und Mechanismen sozialer Medien (z. B. in Schulen).



Kennzeichnung von Fake News

Diese Idee vereint 27 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 71% dafür, 15% dagegen und 14% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Kennzeichnung von Fake News durch:

Kennzeichnung und Korrektur von Desinformation in journalistischen sowie in sozialen Medien.

Sammlung bekannter Fakes, um andere darüber zu informieren.

Vereinfachung der Meldemöglichkeiten von Fake News für Nutzende von Internetplattformen.

Verpflichtung von Plattformbetreibern zur Verifikation von Posts.

Gabi

Man sollte auf jeder Social Media-Seite und bei jeder Werbeeinblendung die Möglichkeit haben Falschmeldungen zu markieren.

76 % 12 % 11 %

Sandra

Man sollte bereits "enttarnte" Fakes kennzeichnen und bekanntgeben. Evtl. auf extra Plattformen als Übersicht und zur Kenntnis für alle.

79 % 11 %

Michael

Man sollte Nachrichten vor Verbreitung verifizieren. Ist das nicht möglich, ist es zu unterlassen oder mit "nicht verifiziert" zu versehen.

76 % 11 % 13 %

Luisa

Man sollte die Verbreitung von Propaganda oder FakeNews in journalistischen Medien kennzeichnen müssen.

75 % 12 % 12 %

Marius

Man sollte soziale Medien verpflichten, Fake-Inhalte mit dem korrekten Kontext zu versehen, statt diese einfach zu löschen.

69 % 15 % 16 %

Annette

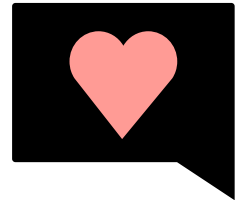
Man sollte einen Button einführen, mit dem man FakeNews kennzeichnen kann. Allerdings mit einem wirksamen Mechanismus gegen Missbrauch.

62 % 20 % 18 %

Konsequente Verfolgung von Fake News

Diese Idee vereint 114 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 71% dafür, 15% dagegen und 13% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die konsequente Verfolgung von Fake News durch:

Durchsetzung bestehender gesetzlicher Regelungen zur Verfolgung von Fake News.

Verpflichtung sozialer Medien, die Verbreitung von Desinformation zu unterbinden und zu ahnden.

Strafverfolgung von Personen, die wissentlich Falschinformationen verbreiten.

Friedrich

Man sollte Personen die wissentlich Falschmeldungen und falsche Informationen verbreiten strafrechtlich zur Verantwortung ziehen.

78 % 13 %

Dominik

Man sollte geltende Gesetze und Regelungen im Internet (v.a. social Media) auch wirklich um bzw durchsetzen. Es ist kein Gesetzfreier Raum!

75 % 12 % 13 %

Felix

Man sollte Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, die gezielt Falschinformationen verbreiten juristisch belangen können.

83 %

Sandy

Man sollte allen Social Medien viel konsequenter auferlegen, Fakeprofile und oder Fakemeldungen zu löschen und die Accounts zu sperren!

76 % 15 %

Pascale

Man sollte Medienunternehmen stärker in die Pflicht nehmen, auch unter Androhung hoher Strafzahlungen bei Verstößen

71 % 16 % 13 %

Rebecca

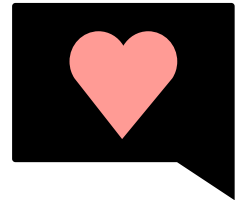
Man sollte die Betreiber von sozialen Medien stärker in die Verantwortung nehmen und Verstöße gegen das NetzDG hart bestrafen

72 % 10 % 17 %

Vermeidung von Anonymität

Diese Idee vereint 30 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 67% dafür, 18% dagegen und 15% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Vermeidung von Anonymität durch:

Verbesserung der Möglichkeiten zur Einordnung des Autors eines Posts, um z. B. Journalisten als solche erkennen zu können.

Klarnamenpflicht für Bürgerinnen und Bürger, die online diskutieren wollen, um die Verantwortung für geteilte Inhalte zu erhöhen.

Zurechenbarkeit von Accounts zu realen Personen ermöglichen, um Postings zurückverfolgen zu können.

Marius

Man sollte bei Werbeanzeigen auf sozialen Medien Auftraggeber und Agentur auf den ersten Blick erkennen können.

84 % 12 %

Anna

Man sollte als Leser sichtbar erkennen können, ob eine Nachricht von einem professionellen Journalisten kommt oder von einer Privatperson

74 % 15 % 11 %

Keith

Man sollte Beiträge auf Social Media Plattformen nur mit verifiziertem Konto ermöglichen, also keine anonymen oder Fake-User zulassen.

71 % 10 % 19 %

Andreas

Man sollte nur Kommentare und Postings von registrierten echten Personen zulassen, damit jeder weiß, dass er die Verantwortung dafür trägt.

74 % 13 % 13 %

Klaus

Man sollte die sozialen Medien stärker regulieren, insbesondere sollte zu jedem Account der verantwortliche Autor hinterlegt sein.

71 % 12 % 17 %

Jürgen

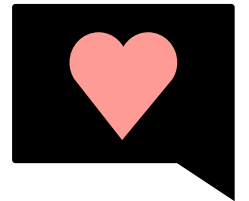
Man sollte nur Accounts zulassen die man auch zurückverfolgen kann.

70 % 15 % 16 %

Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte

Diese Idee vereint 11 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 82% dafür, 8% dagegen und 10% neutral).

Beliebt

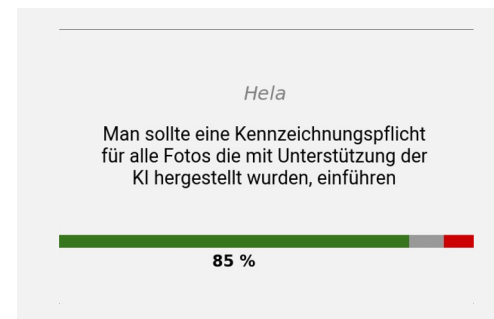
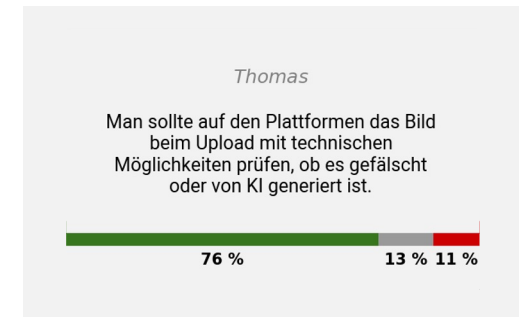
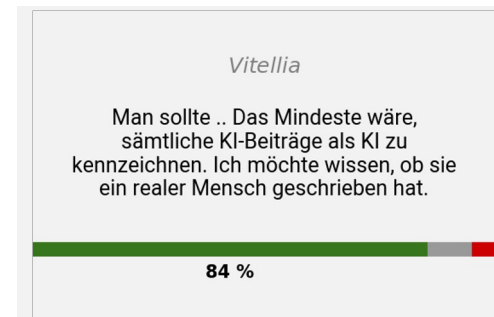
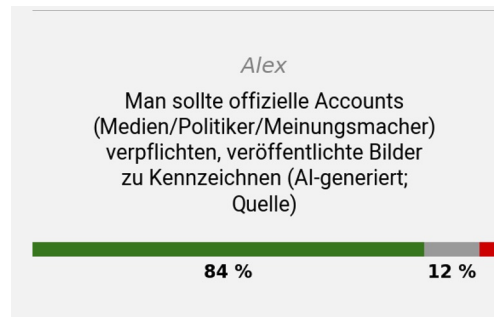


Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte durch:

Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten, z. B. in sozialen Netzwerken, um die Echtheit von Inhalten besser erkennbar zu machen.

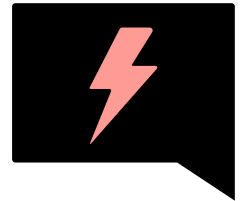
Entwicklung technischer Lösungen (Upload-Filter, Wasserzeichen) zur Kennzeichnung KI-generierter Inhalte.



Verpflichtende Bestätigung von Accounts

Diese Idee vereint 18 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 49% dafür, 30% dagegen und 21% neutral).

Umstritten



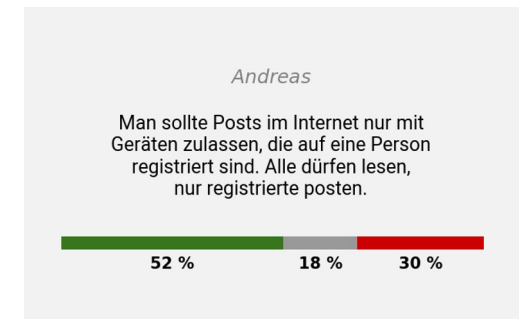
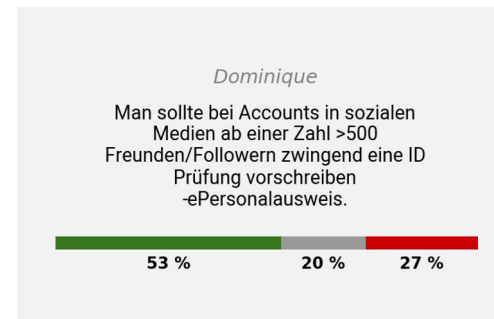
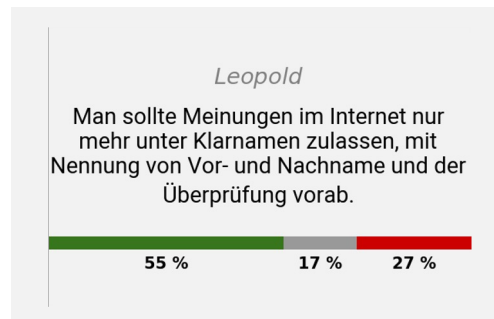
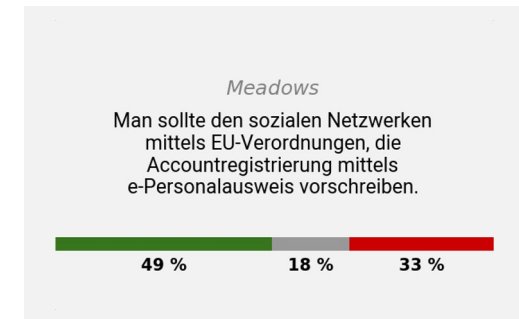
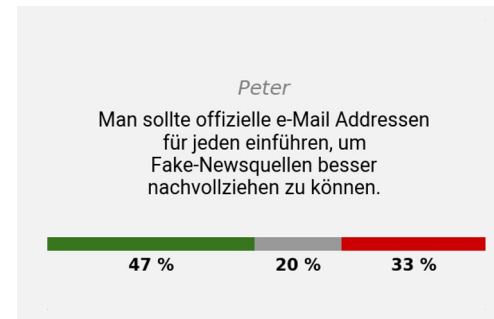
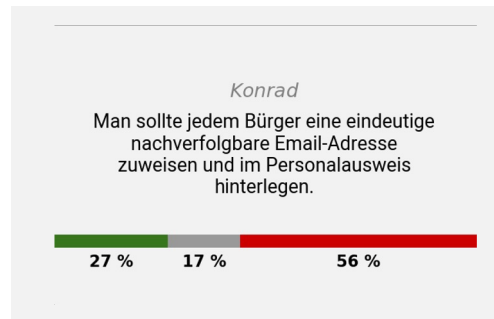
Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der verpflichtenden Bestätigung von Accounts sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Verpflichtende Verknüpfung eines Accounts im Internet mit einer eindeutigen ID, z. B. über den Personalausweis.

Zuweisung einer zentralen E-Mail-Adresse für jede Bürgerin und jeden Bürger, um Fake News verfolgen zu können.

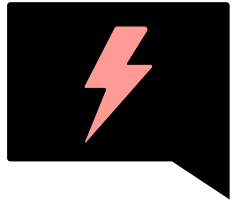
Transparente Zuordnung von Posts zu einer Person ermöglichen, z. B. über eine Klarnamenpflicht.



Kontrolle von Algorithmen

Diese Idee vereint 9 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 54% dafür, 25% dagegen und 22% neutral).

Umstritten

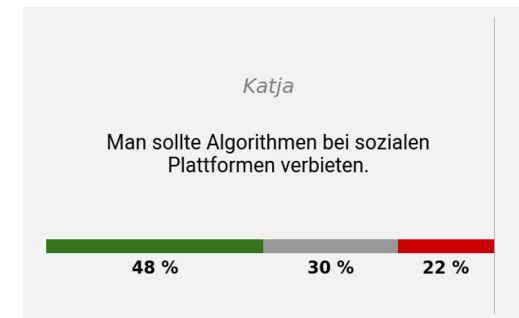
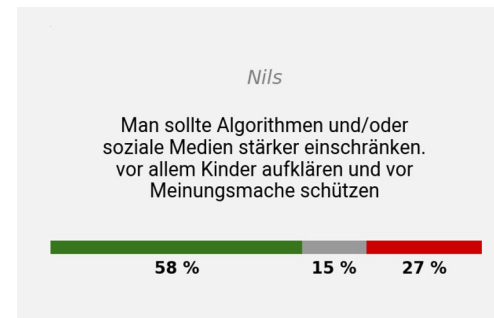
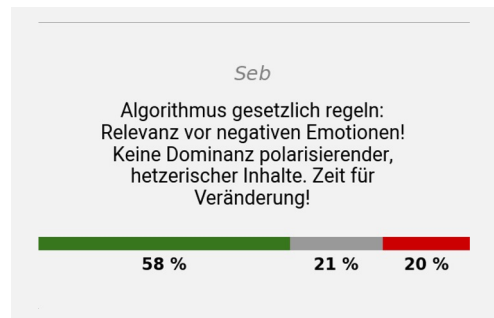
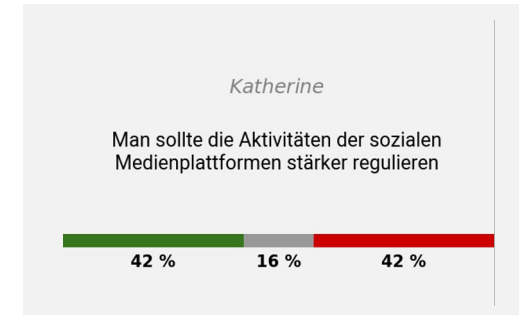
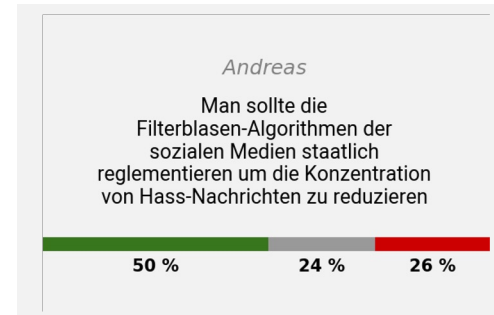
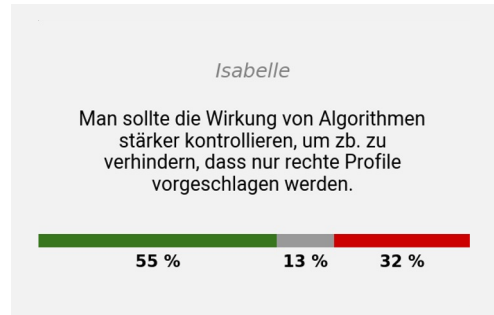


Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der Kontrolle von Algorithmen sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

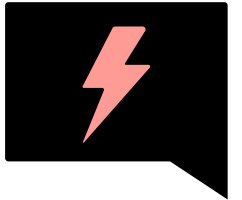
Stärkere Überwachung und (gesetzliche) Regulierung sozialer Netzwerke, um deren Wirkungen auf die Meinungsbildung besser kontrollieren zu können.

Einschränkung der aktuell genutzten Algorithmen (sozialer Netzwerke), um z. B. Filterblasen und Echokammern zu vermeiden.



Löschen von populistischen Inhalten und Ausschluss von Profilen

Umstritten



Diese Idee vereint 18 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 49% dafür, 30% dagegen und 20% neutral).

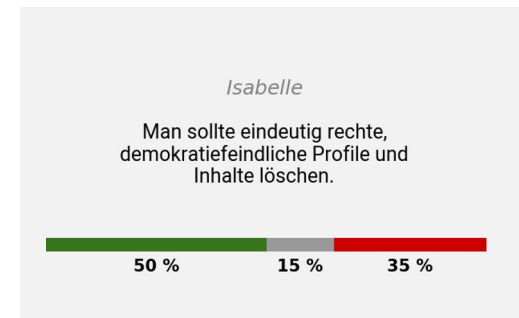
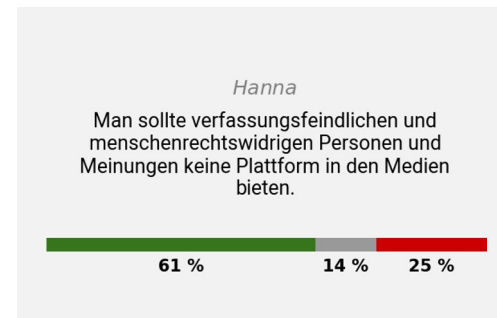
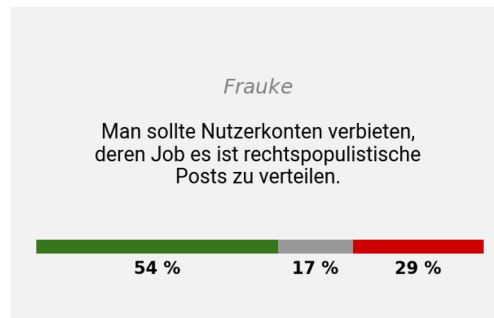
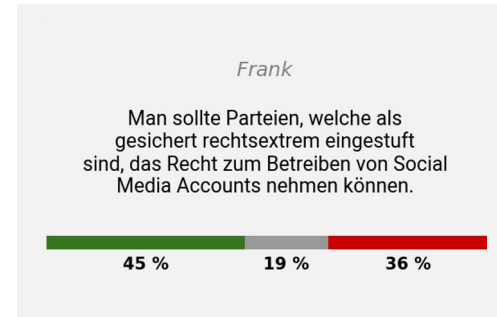
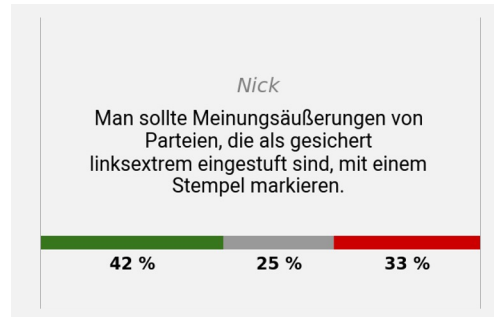
Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Beim Löschen populistischer Inhalte und dem Ausschluss von Profilen sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Kennzeichnung links-/rechtspopulistischer bzw. -extremer Inhalte und Profile.

Löschung links-/rechtspopulistischer bzw. -extremer oder verschwörungstheoretischer Inhalte und Profile.

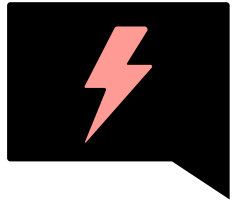
**Hier finden sich identisch formulierte Posts, die einmal auf Links-, einmal auf Rechtsextremismus abzielen.*



Begrenztetes Teilen von Beiträgen

Diese Idee vereint 4 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 34% dafür, 39% dagegen und 27% neutral).

Umstritten



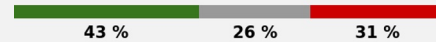
Beim begrenzten Teilen von Beiträgen sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Begrenzung der Weiterleitungsmöglichkeiten von Posts, um die Reichweite von Nachrichten zu verringern, z. B. durch Begrenzung der Anzahl an Accounts, mit denen Posts geteilt werden können.

Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

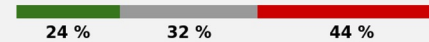
Michael

Man sollte die Verteiler in den Medien begrenzen, damit nicht unkommentiert alles mit einem Knopfdruck an viele Leute verteilt wird.



Thomas

Man sollte die Reichweite von Kanälen gezielt moderieren können. z.B. Weiterleitungen pro Post nur an begrenzte Anzahl von Adressaten.



Hans

Man sollte sorgfältig in Messenger häufig gesendete Bilder/Videos überprüfen und nicht weiterleitbar machen.



Hans

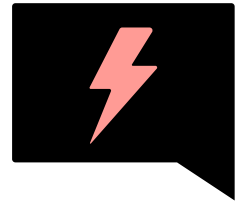
Man sollte Gruppenchats mit mehr als 20 Mitgliedern überprüfen können, weil sich schnell digitale Bürgerwehren bilden können.



Kontrolle der Kommentarfunktion

Diese Idee vereint 5 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 44% dafür, 32% dagegen und 24% neutral).

Umstritten



Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der Kontrolle der Kommentarfunktion sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Kontrolle der Kommentarfunktion in sozialen Netzwerken, z. B. durch verpflichtende begleitende Moderation oder verpflichtende Netiquette.

Christopher

Man sollte jeden Kommentar in allen öffentlichen Social-media Kanälen kostenpflichtig machen. Alle Einnahmen spenden einem guten Zweck.



Tom

Man sollte Kommentarfunktionen nur dann verfügbar machen können, wenn sie auch moderiert werden.



Jasmin

Man sollte die Kommentarspalten bei SM kuratieren, auf Bots achten und rigoros löschen. Auf sich selbst antworten und einordnen.



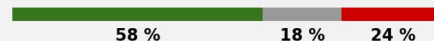
Roswitha

Man sollte die Kommentarfunktion auf Plattformen begrenzen. Momentan lädt jeder ein Statement ab und verursacht damit mehr Konfusion.



Bernd

Man sollte die Moderation/Löschung von Kommentaren in Online Medien gemäß eines anerkannten Regelwerkes (Netiquette) verpflichtend machen.



Themenfeld

Verantwortung

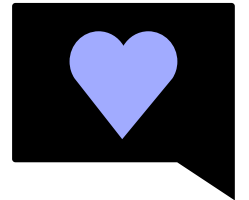


19%

Transparenz von medialen Strukturen

Diese Idee vereint 23 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 77% dafür, 8% dagegen und 15% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die Transparenz medialer Strukturen durch:

Herstellung von Transparenz über die Strukturen öffentlicher und privater Medienunternehmen, um potenzielle Einflüsse sichtbar zu machen (z. B. politische Akteure in den Rundfunkräten des ÖRR).

Maßnahmen zur Wiederherstellung von Vertrauen in Medien und Politik.

Offenlegung finanzieller Zuwendungen an Medienunternehmen, um mögliche externe Einflüsse oder Lobbying sichtbar zu machen.

Andreas

Man sollte aufzeigen, wie Politiker und Lobbyisten vernetzt sind.

88 %

Karl

Man sollte Politiker im Aufsichts-Rundfunkrat des ÖRR wegen Neutralitätsgebot verbieten und auf eine ausgewogene Berichterstattung achten.

73 %

17 %

Annika

Man sollte sich Lobbyarbeit genauer anschauen und regulieren. Wer Geld für Meinungsmache ausgibt, sollte das zumindest offen legen.

86 %

Nils

Man sollte das Vertrauen in Institutionen durch eine bessere Fehlerkultur und mehr Transparenz stärken.

75 %

16 %

Lothar

Man sollte die Medien mehr bezüglich ihrer Finanzierung kontrollieren und finanzielle Abhängigkeiten von Parteien öffentlich machen.

81 %

14 %

Peter

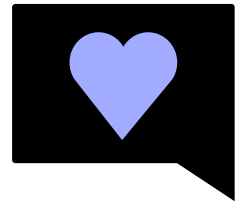
Medien sollten offenlegen müssen, wie viel Geld sie wann und wofür von einer Partei, Stiftung, einem Verein oder Verband erhalten.

90 %

Konsequente Verfolgung von Fake News

Diese Idee vereint 114 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 71% dafür, 15% dagegen und 14% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten die konsequente Verfolgung von Fake News durch:

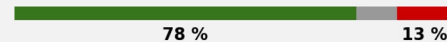
Durchsetzung bestehender gesetzlicher Regelungen zur Verfolgung von Fake News.

Verpflichtung sozialer Medien, die Verbreitung von Desinformation zu unterbinden und zu ahnden.

Strafverfolgung von Personen, die wissentlich Falschinformationen verbreiten.

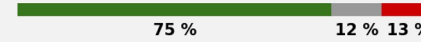
Friedrich

Man sollte Personen die wissentlich Falschmeldungen und falsche Informationen verbreiten strafrechtlich zur Verantwortung ziehen.



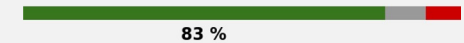
Dominik

Man sollte geltende Gesetze und Regelungen im Internet (v.a. social Media) auch wirklich um bzw durchsetzen. Es ist kein Gesetzfreier Raum!



Felix

Man sollte Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, die gezielt Falschinformationen verbreiten juristisch belangen können.



Sandy

Man sollte allen Social Medien viel konsequenter auferlegen, Fakeprofile und oder Fakemeldungen zu löschen und die Accounts zu sperren!



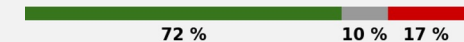
Pascale

Man sollte Medienunternehmen stärker in die Pflicht nehmen, auch unter Androhung hoher Strafzahlungen bei Verstößen



Rebecca

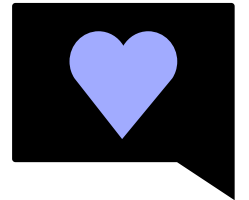
Man sollte die Betreiber von sozialen Medien stärker in die Verantwortung nehmen und Verstöße gegen das NetzDG hart bestrafen



Schutz der Meinungsfreiheit

Diese Idee vereint 10 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 74% dafür, 10% dagegen und 16% neutral).

Beliebt

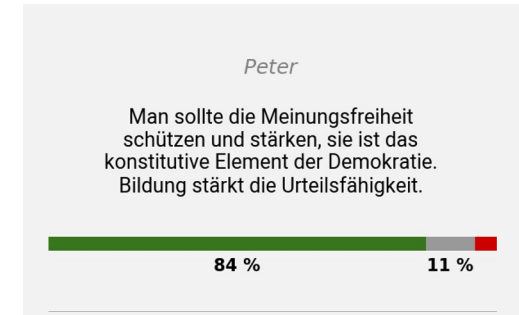
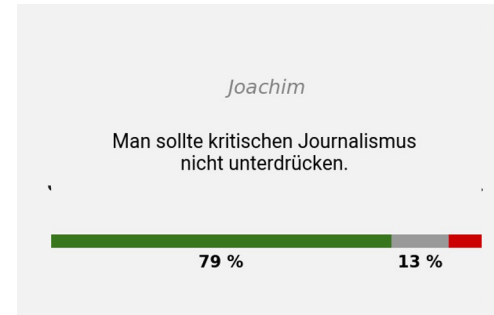
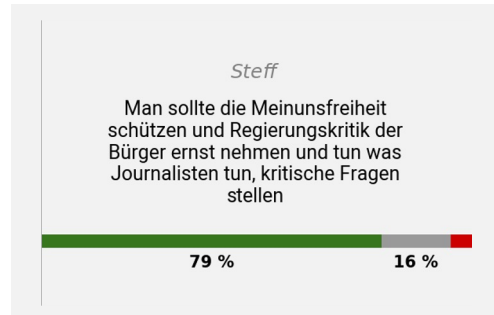


Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten den Schutz der Meinungsfreiheit durch:

Garantie von Meinungs- und Pressefreiheit im Rahmen des Grundgesetzes, um die Demokratie zu schützen.

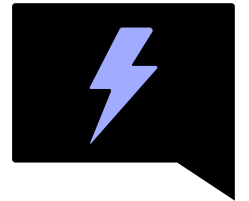
Schutz von kritischem Journalismus.



Keine Einschränkung der Meinungsäußerung

Diese Idee vereint 17 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 51% dafür, 28% dagegen und 21% neutral).

Umstritten



Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der Einschränkung der Meinungsäußerung sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

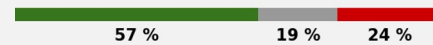
Akzeptanz von extrem rechten und extrem linken Meinungen in Diskussionen.

Erweiterung des öffentlichen Meinungsspektrums über den bestehenden gesetzlichen Rahmen hinaus.

Ablehnung von ("staatlicher") Zensur oder Bevormundung.

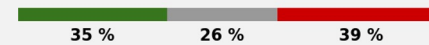
John

Man sollte die Meinung jeder Menschen respektieren, ob rechtsextrem oder nicht, solange sie nicht in die Würde anderer Menschen eingreift.



Jens

Man sollte Meinungs- und Redensfreiheit garantieren und die sogenannten "Beauftragten" abschaffen. Das Pressegesetz muss weg



Raina

Man sollte allen Meinungen eine Plattform bieten und nicht vorselektieren, ob eine Meinung auch "Mainstreamkonform" ist.



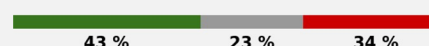
Frank

Man sollte jedem mündigen Bürgern eine freie Meinungsäußerung und keine Bevormundung zugestehen. Jetzt entwickelt sich D zu einer DDR 2.0



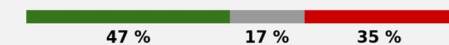
Monika

Man sollte jedem Menschen das Recht und die Möglichkeit geben, jede Veröffentlichung unzensuriert zu kommentieren.



Michael

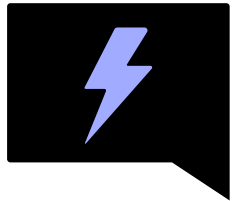
Man sollte die Monopolmacht der staatlichen Propaganda brechen und Fakten und abweichende Meinungen gleichberechtigt gegenüberstellen.



Zentralisierte Prüfung von Fake News

Diese Idee vereint 33 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 49% dafür, 28% dagegen und 23% neutral).

Umstritten



Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

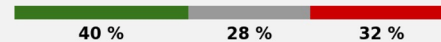
Bei der zentralisierten Prüfung von Fake News sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Einrichtung einer neutralen Institution zur Prüfung von im Internet veröffentlichten Inhalten.

Schaffung eines Gütesiegels zur Kennzeichnung der Qualität von Informationen.

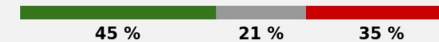
Viviane

Man sollte politischen Informationen eine Art Qualitätssiegel geben. Die Infos mit Siegel werden dann nur unter Kontrolle weitergegeben.



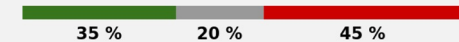
Hildegard

Man sollte so etwas einrichten wie eine Internet-"Polizei", die überprüft, ob das Grundgesetz in Meinungsäußerungen verletzt wird.



Klaus

Man sollte ein Ministerium für Wahrheit einrichten, das alle Beiträge vor Veröffentlichung prüft und unwahre Behauptungen verhindert.



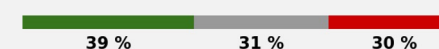
Smartu

Man sollte eine ÖRR-Watch einrichten, die allein auf Basis von Daten die Neutralität kontrolliert. Keine Politik in der ÖRR-Ü, nur Science.



Richard

Man sollte ein System digital verifizierter Autoritäten schaffen, so dass anerkannte Fachleute erkennbar sind, evtl. auch nach Followerzahl.



Peter

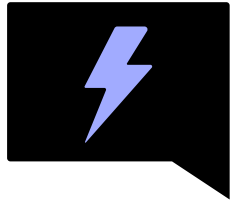
Man sollte jeder Nachricht im Netz einen Echtheitsstempel vergeben, der nur von seriösen Nachrichten Erzeugern vergeben werden kann.



Radikale Verschärfung von Sanktionen

Diese Idee vereint 6 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 55% dafür, 26% dagegen und 19% neutral).

Umstritten



Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der radikalen Verschärfung von Sanktionen sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Verschärfung der gesetzlichen Strafen für die Erstellung und Verbreitung von Fake News.

Möglichkeit des Entzugs von Grundrechten, sofern diese gegen die Demokratie eingesetzt würden.

Ella

Man sollte Plattformbetreiber hart bestrafen, wenn sie Desinformation nicht von ihren Plattformen löschen

57 % 14 % 30 %

Peter

Wer Meinungs- & Pressefreiheit, Lehre, Netzgeheimnis zum Kampf gegen Demokratie mißbraucht, sollen diese Rechte gerichtlich entzogen werden.

55 % 18 % 27 %

Wolfgang

Man sollte Gesetzgebung verschärfen, um Erstellung und ungeprüfte Weiterleitung von Fakenews konsequent und streng zu bestrafen.

58 % 17 % 24 %

Cornelia

Man sollte Hetze im Internet hart Bestrafen, 5-10 Jahre

53 % 17 % 30 %

Jutta

Man sollte zeitnah Gesetze dafür schaffen und bei Verstoß hart bestrafen. Das betrifft Politiker wie Bürger, in all ihrem Tun.

53 % 28 % 19 %

Themenfeld

Künstliche Intelligenz

7%

Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte

Diese Idee vereint 11 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 82% dafür, 8% dagegen und 10% neutral).

Beliebt

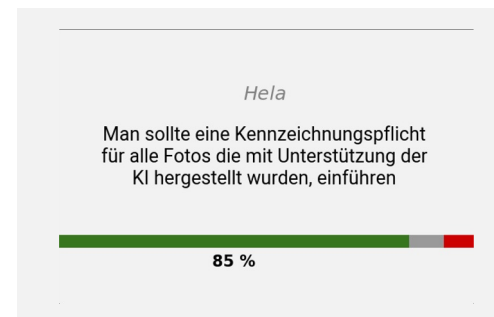
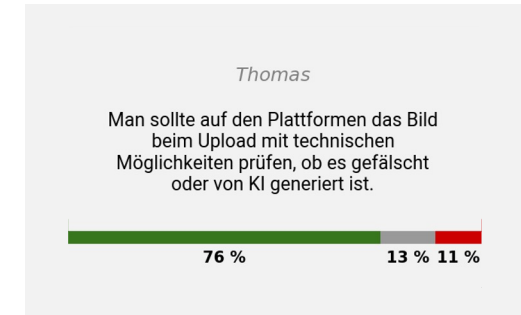
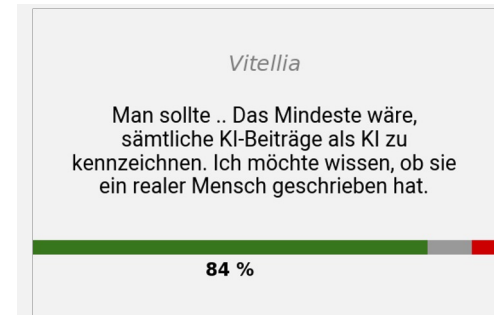
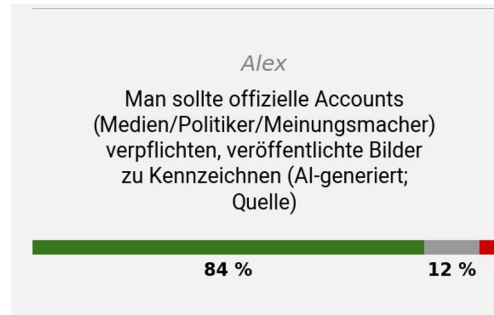


Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte durch:

Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten, z. B. in sozialen Netzwerken, um die Echtheit von Inhalten besser erkennbar zu machen.

Entwicklung technischer Lösungen (Upload-Filter, Wasserzeichen) zur Kennzeichnung KI-generierter Inhalte.



Regulierung von Einsatzmöglichkeiten für KI

Diese Idee vereint 10 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 66% dafür, 15% dagegen und 19% neutral).

Beliebt

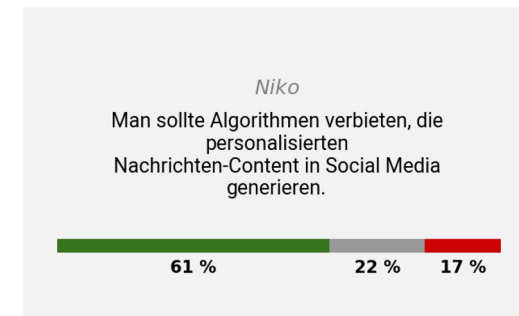
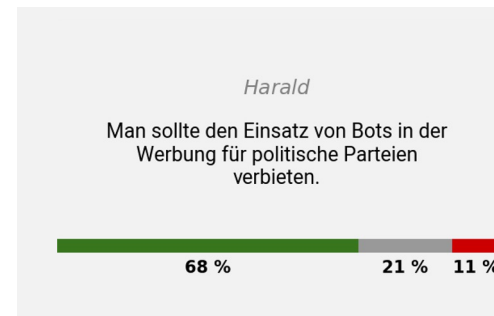
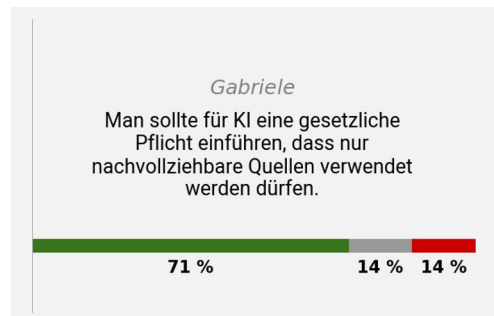
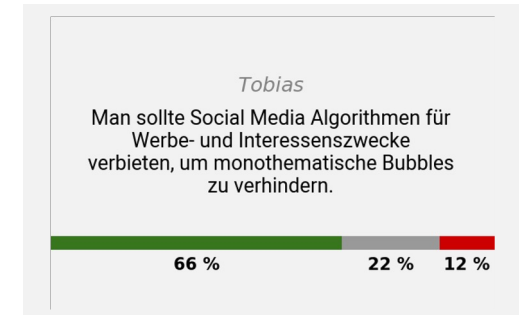
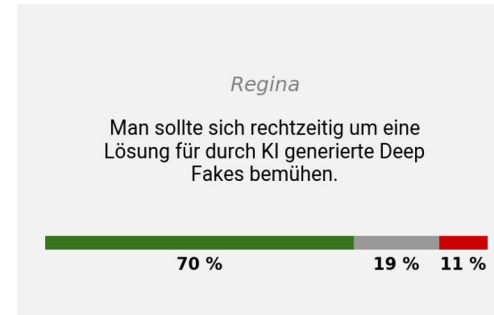
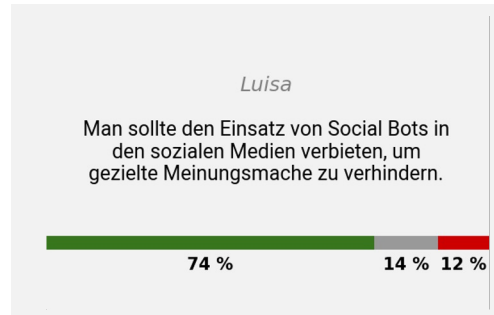


Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten eine Regulierung von Einsatzmöglichkeiten für KI durch:

Begrenzung der Automatisierung der Informationsvermittlung, z. B. durch Bots, um Manipulation zu verhindern.

Regulierung der Quellen zum Training von KI, um die Qualität der KI zu verbessern und Transparenz über die Quellen, die in KI-Entwicklung eingeflossen sind, zu erhöhen.



KI-Unterstützung zur Erkennung von Fake News

Diese Idee vereint 10 beliebte Vorschläge (davon durchschnittlich 64% dafür, 21% dagegen und 15% neutral).

Beliebt



Beispiele von beliebten Vorschlägen:

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten KI-Unterstützung zur Erkennung von Fake News durch:

Förderung der Entwicklung technischer Lösungen zur Unterstützung der Erkennung und Kennzeichnung von Fake News.

Etablierung von KI als unterstützende Säule zur Erkennung von Fake News, insbesondere in sozialen Medien.

Maria

Man sollte KI auf Fakes trainieren und diese aus sozialen Medien entfernen lassen. Wenn nötig, ein Gesetz dafür verabschieden!

61 % 16 % 23 %

Dieter

Man sollte viel mehr Spezialisten und KI zur Entlarvung von Fake News einsetzen. Evtl. sogar eine unabhängige Organisation dafür einsetzen.

67 % 15 % 17 %

La

Man sollte KI auch dazu nutzen, um Fake News schnell zu enttarnen. Quasi diese mit ihren eigenen Mitteln schlagen.

71 % 12 % 17 %

Hans – Joachim

Man sollte soziale Medien verpflichten, KI zur Erkennung von Fakes und Manipulationen einzusetzen und diese kennzeichnen.

65 % 16 % 19 %

Barbara

Man sollte im PC ein Programm haben, welches Fakes sofort erkennt und erkennbar macht!

64 % 15 % 21 %

Uli

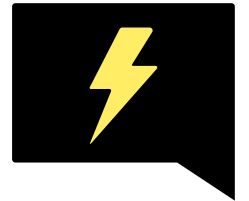
Man sollte die Nutzung von X (Twitter) mittels KI so einschränken, dass Fakes an der Quelle gekennzeichnet werden.

70 % 12 % 18 %

KI zur automatisierten Erkennung von Fake News

Diese Idee vereint 17 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 48% dafür, 29% dagegen und 23% neutral).

Umstritten



Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

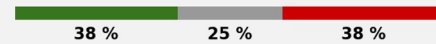
Beim Einsatz von KI zur automatisierten Erkennung von Fake News sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Einsatz von KI als zentrale Kontrollinstanz zur automatisierten Erkennung und Bewertung von Informationen als Fake News.

Automatisierte Korrektur von Fake News durch den Einsatz von KI.

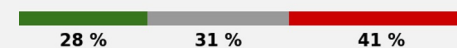
Bernd

Man sollte eine KI-kontrollierte Zertifizierung von News einführen.



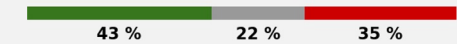
Michael

Man sollte eine "Bundes-KI" jedem Bürger zur Verfügung stellen. Trainiert von einem unabhängigen Verbund aus z. Bsp. Unis und Stiftungen.



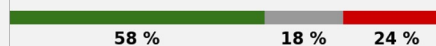
Arno

Man sollte Künstliche Intelligenz für Echtzeit-Faktenchecks einsetzen.



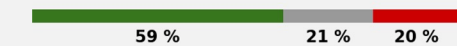
Karena

Man sollte KI-basierte Bots entwickeln, die Fake News finden, melden und richtigstellend kommentieren



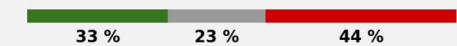
Elke

Man sollte in den Social Medias Fakes in Fakten übersetzen können, mit einem Klick, wie heute bereits fremdsprachliche Texte



Theo

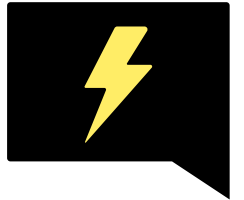
Man sollte mit Hilfe von KI über den Kontext und/oder die Richtigkeit eines Beitrags informieren.



Kontrolle von Algorithmen

Diese Idee vereint 9 umstrittene Vorschläge (davon durchschnittlich 54% dafür, 25% dagegen und 22% neutral).

Umstritten

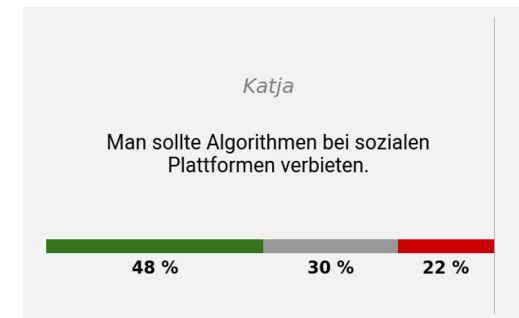
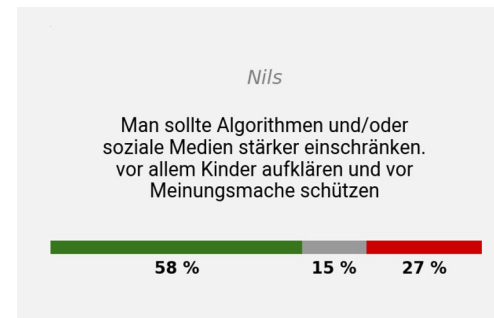
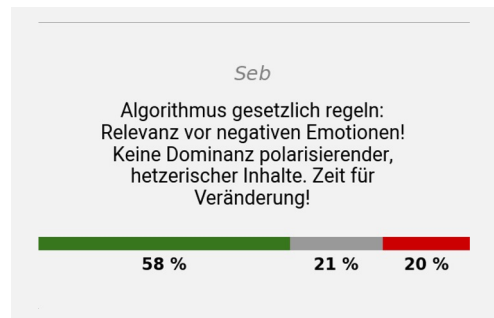
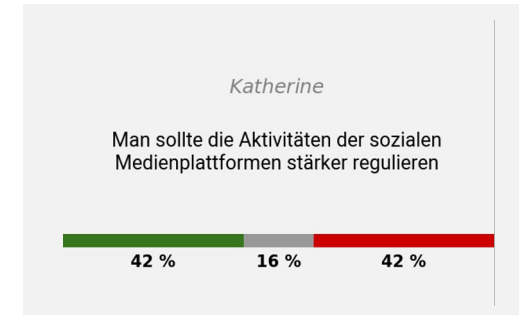
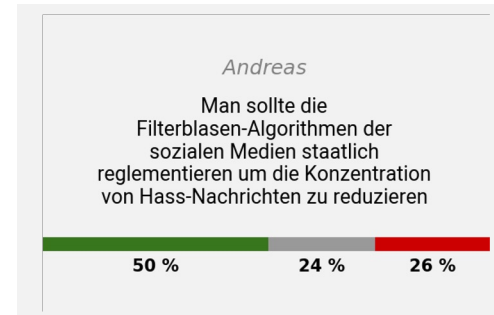
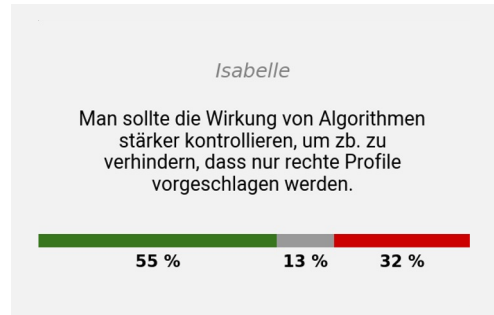


Beispiele von umstrittenen Vorschlägen:

Bei der Kontrolle von Algorithmen sind die Bürgerinnen und Bürger uneins über:

Stärkere Überwachung und (gesetzliche) Regulierung sozialer Netzwerke, um deren Wirkungen auf die Meinungsbildung besser kontrollieren zu können.

Einschränkung der aktuell genutzten Algorithmen (sozialer Netzwerke), um z. B. Filterblasen und Echokammern zu vermeiden.



Themenfeld

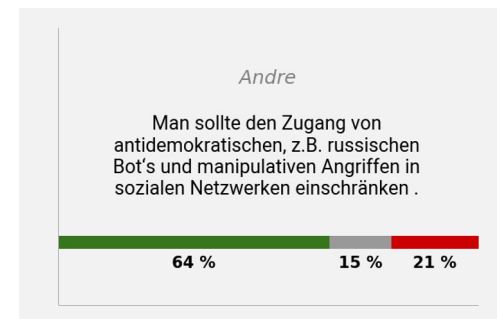
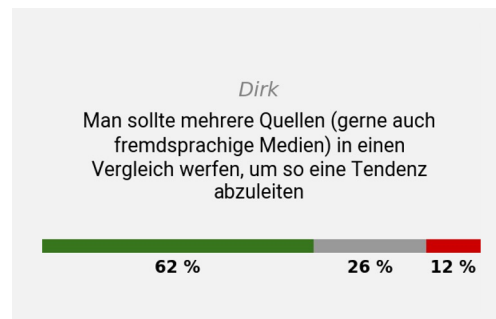
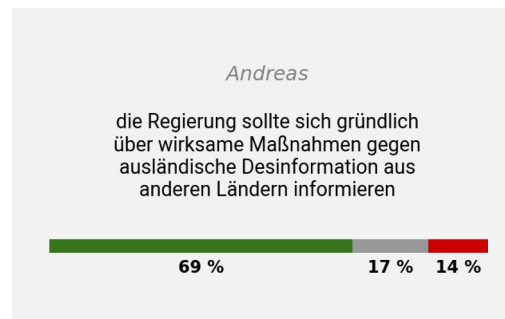
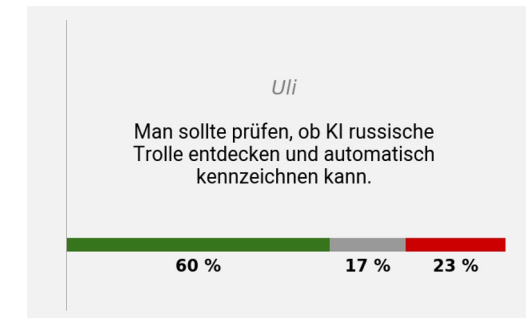
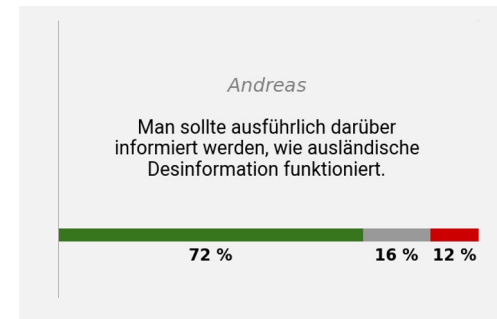
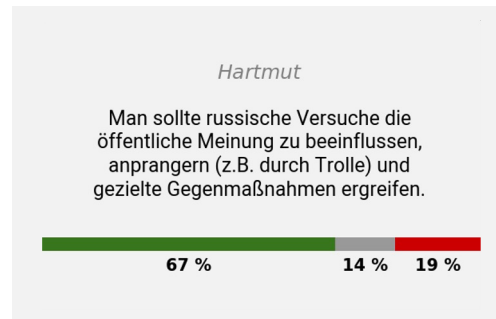
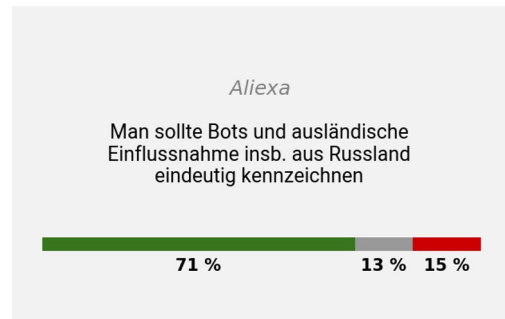
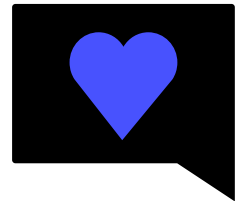
Einfluss fremder Staaten

1%

Beliebte Vorschläge zum Thema “Einfluss fremder Staaten”

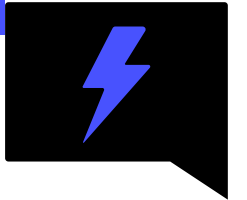
In diesem Themenfeld gab es sieben Vorschläge mit hoher Zustimmung, aber unterschiedlichen Schwerpunkten. Gemäß unserer Methodik können wir demnach statistisch nicht bestätigen, dass es sich um beliebte Ideen handelt. Interessant ist jedoch, dass einige Teilnehmende russische Bots als potenzielle Bedrohung ansehen.

Beliebt

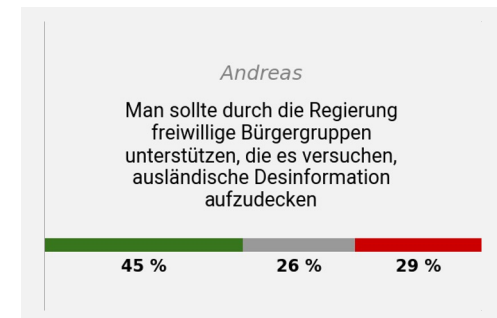
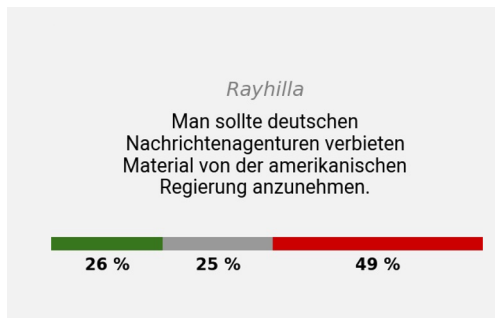
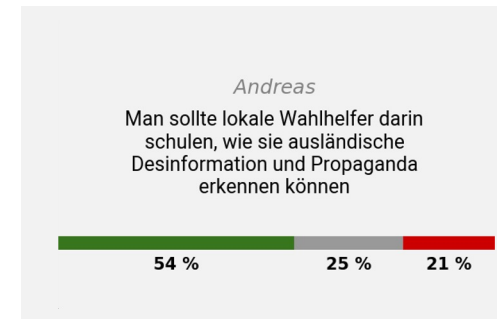
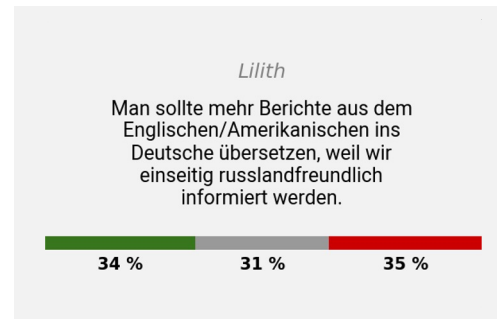
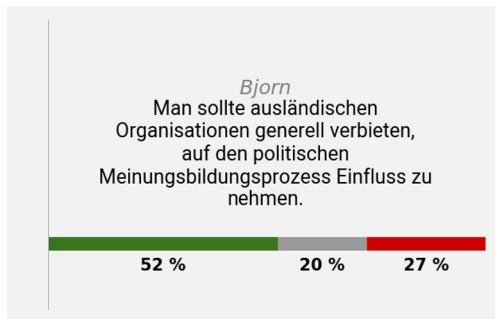


Umstrittene Vorschläge zum Thema “Einfluss fremder Staaten”

Umstritten



In diesem Themenfeld gab es sechs Vorschläge mit durchmischter Zustimmung/Ablehnung, aber unterschiedlichem Fokus. Gemäß unserer Methodik können wir demnach statistisch nicht bestätigen, dass es sich somit um umstrittene Ideen handelt.

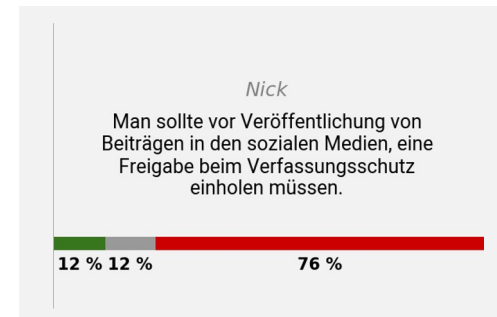
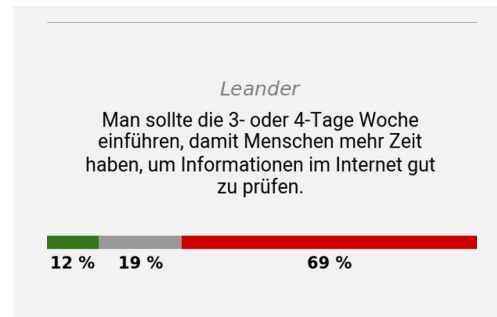
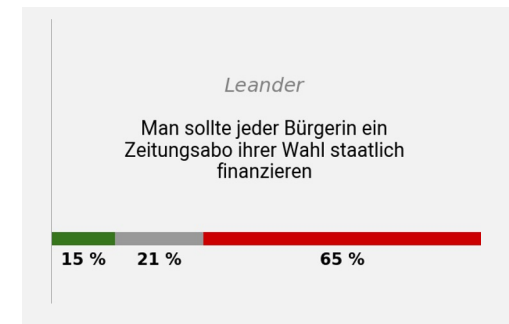
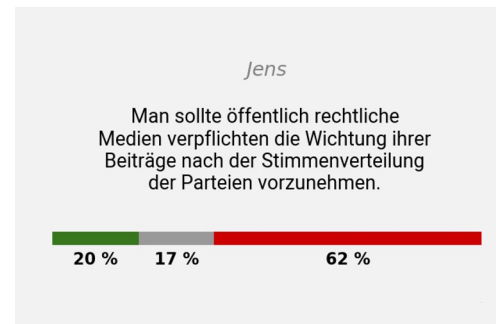




Abgelehnte Vorschläge

Abgelehnte Vorschläge

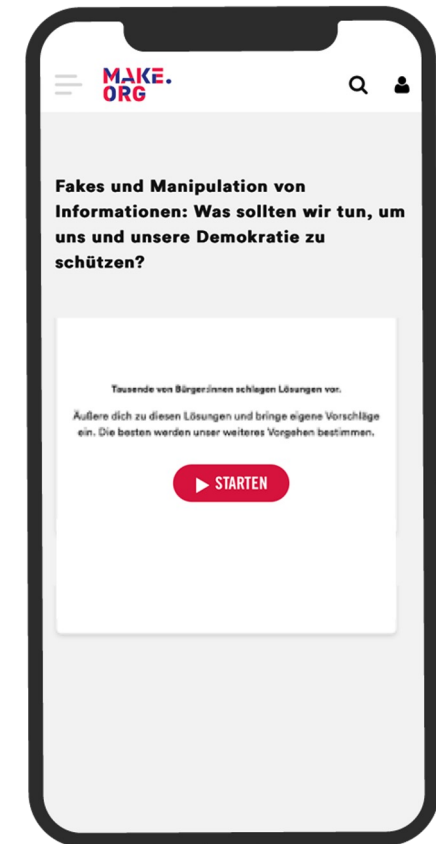
Diese Vorschläge wurden von den Teilnehmenden entschieden abgelehnt (mehr als 60% Gegenstimmen).



Methodik Teil 1: Bürgerinnen und Bürger bringen Vorschläge ein und stimmen ab

Die Online-Beteiligung wird auf der Konsultationsplattform von Make.org durchgeführt. Eine einzige Frage wird gestellt, in diesem Fall: „Fakes und Manipulation von Informationen: Was sollten wir tun, um unsere Demokratie zu schützen?“. Die Methode unterscheidet sich fundamental, von der klassischer Meinungsumfragen. Bürgerinnen und Bürger können einen oder mehrere eigene Vorschläge einreichen und über die Vorschläge anderer abstimmen. Alle eingereichten Vorschläge werden von einem Moderations-Team auf die Einhaltung bestehender Gesetze und der geltenden Moderationscharta geprüft.

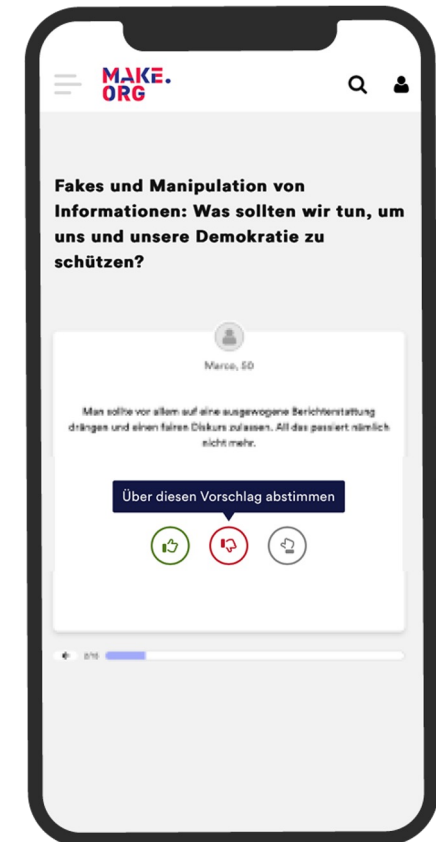
Eingebrachte Vorschläge werden Teilnehmenden auf der Plattform mit Hilfe eines Algorithmus zur Abstimmung vorgelegt. Dieser ist so programmiert, dass jedem Vorschlag eine Mindestanzahl an Stimmen und die gleiche Chance auf Erfolg garantiert wird. Auf diese Weise werden "Trolling"-Versuche neutralisiert, da Teilnehmende nicht auswählen können, über welche Vorschläge sie abstimmen. Der Code des Algorithmus ist, wie der gesamte Code der Plattform, Open Source, d. h. er ist öffentlich überprüfbar. Um Bürgerinnen und Bürger auf die Beteiligung aufmerksam zu machen, wurden diverse Kommunikationsmaßnahmen umgesetzt, u. a. das Schalten von Anzeigen in sozialen Medien sowie die Nutzung diverser Newsletter/Mailing-Listen der in das Projekt involvierten Organisationen.



Methodik Teil 2: Vorschläge werden zu konkreten Ideen der Bürgerinnen und Bürger

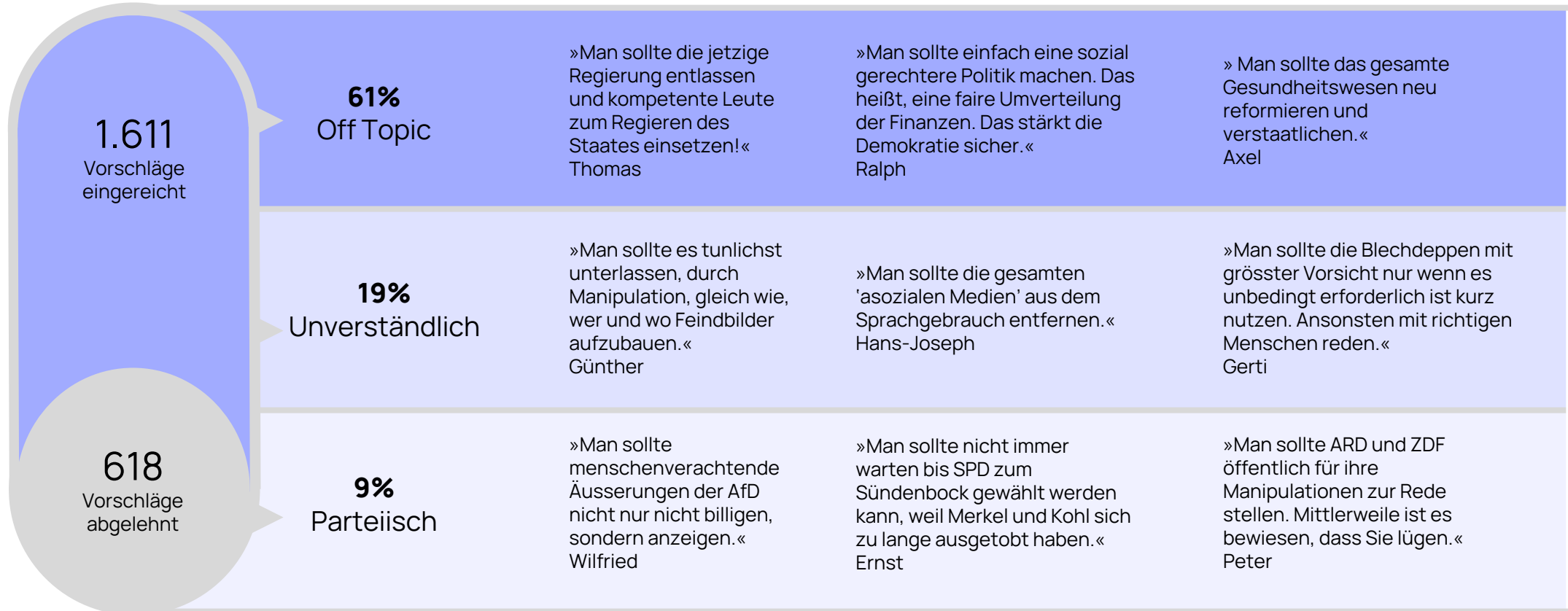
Am Ende der Online-Beteiligung analysieren Daten- und Sozialwissenschaftler die gesammelten Vorschläge und gruppieren sie, um Ideen zu identifizieren, die die Diskussion am besten wiedergeben. Jede dieser Ideen setzt sich aus Dutzenden bis Hunderten von Vorschlägen zusammen. Dabei wird unterschieden zwischen konsensualen und kontroversen Vorschlägen, die dasselbe Anliegen vertreten und jeweils mehrere Hundert Stimmen erhalten haben, so dass die Legitimität und statistische Zuverlässigkeit der Ergebnisse gewährleistet ist. Die Originalität der Methode ergibt sich aus dem Zusammenspiel zwischen der qualitativ-sprachlichen Analyse und der quantitativen Analyse der Stimmen.

Die Synthese von individuellen Bürgermeinungen in klare, konsensuale und umsetzbare kollektive Ideen, ist ein wichtiger Bestandteil partizipativer Demokratie. Konsens ermöglicht es, mit den Bürgerinnen und Bürgern breite Koalitionen zu bilden, auf die sich die Politik berufen kann, um konkrete Projekte voranzubringen.

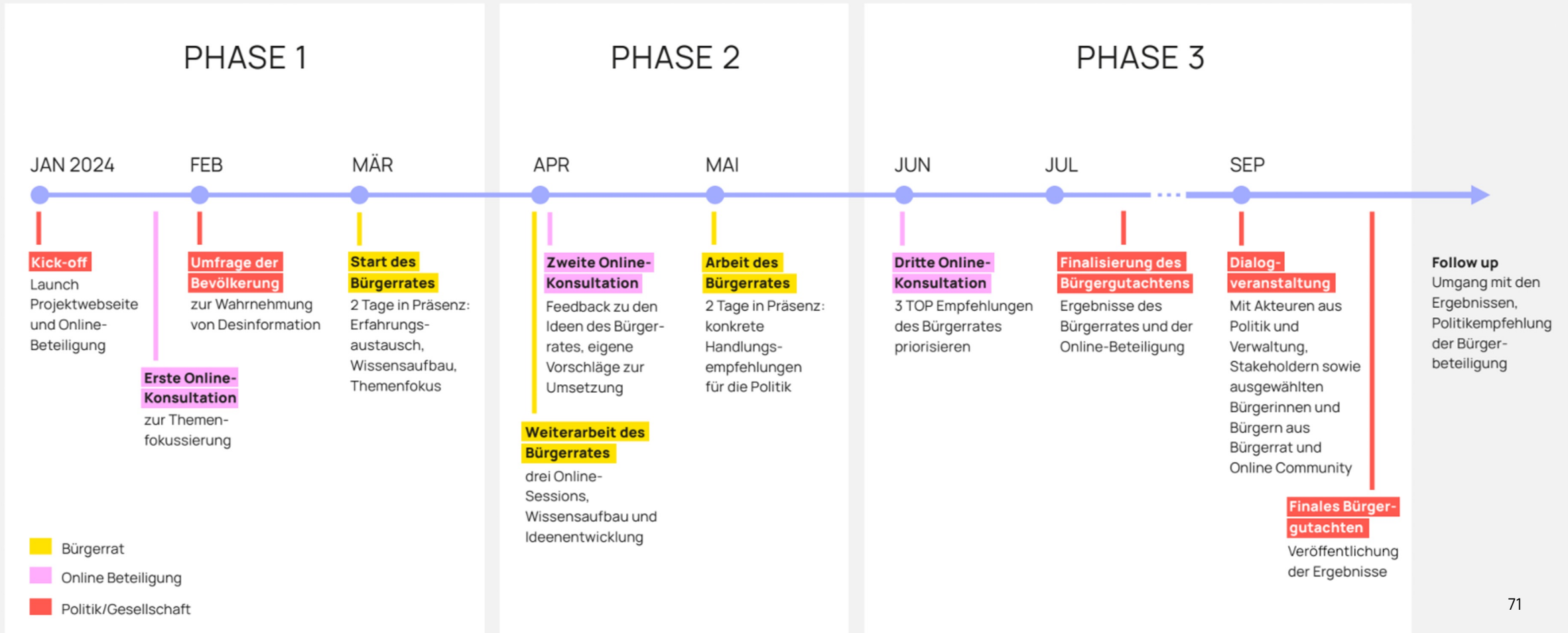


Methodik Teil 3: Moderation aller eingereichten Vorschläge

Jeder eingereichte Vorschlag wurde von einem Menschen moderiert, bevor er online gestellt wurde. Vorschläge, die auf der Make.org-Plattform angenommen werden, müssen zum Thema passen, verständlich sein und dürfen nicht für eine Marke oder politische Partei werben. Von den 1.611 eingereichten Vorschlägen wurden 618 größtenteils abgelehnt, weil sie nicht zum Thema passten ("off topic"), unverständlich oder parteiisch waren. Andere Ablehnungsgründe waren: Werbung, mehrere Ideen und Doppelungen. Es fällt auf, dass der Anteil der "off topic"-Vorschläge in dieser Beteiligung hoch war, da viele Teilnehmende sich in ihren Vorschlägen auf den Zustand der Demokratie in Deutschland bezogen.



Ablauf: In neun Monaten zu konkreten Politikempfehlungen durch Bürgerbeteiligung



FORUM GEGEN FAXES

Initiiert und durchgeführt von:

| BertelsmannStiftung

In Kooperation mit:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

STIFTUNG
MERCATOR



Michael Otto
Foundation for
Sustainability

Mit Unterstützung von:

Nachrichtenportal T-Online,
Initiative #UseTheNews,
Deutschland sicher im Netz e. V.
und Projektbeirat

FORUM GEGEN FAXES

Bertelsmann Stiftung

Projekt New Democracy
Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de
www.forum-gegen-fakes.de

Verantwortlich

Anna Renkamp
anna.renkamp@bertelsmann-stiftung.de
Angela Jain
angela.jain@bertelsmann-stiftung.de

Online-Beteiligung:

Make.org, Berlin & Paris
Sarah Delahaye
sarah.delahaye@make.org
www.make.org

Layout

TAU
Büro für Design und Kommunikation
Berlin

Redaktion

Aurélien Caritey
Anna Renkamp
Stefan Roch